nnabend, 30. Juli 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

Berliner Tageblatt

355 * Ausgabe B Nr. 176
gabe für Berlin u. Umgegend Nr. 355

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Hungersnot in Sowjetrußland.

Berichte aus dem Hungergebiet.

Arbeitsunlust in Petersburg. — Gras und Feldnagetiere Nahrung. — Das Elend der deutschen Wolgakolonisten. — Die Opfer der Choleraepidemie.

Von unserem Korrespondenten

✻ **Reval,** im Juli.

Aus einer Anzahl von Nachrichten, die wir mein Petersburger ährsmann in diesen Tagen übermittelte, seien folgende Bei- e über die Not, in denen sich die vom Hunger heimgesuchten jetrussischen Gebiete befinden, wiedergegeben. Zu- st schildert mein Gewährsmann die augenblickliche mmung in der einstmaligen russischen Haupt- t Petersburg wie folgt:

„. . . Mehr als die Sorgen ums tägliche Brot drückt auf den t und das Gemüt die fürchterliche Atmosphäre, die n umgibt und die auf einem lastet. Die Intelligenz ist ver- unden, es herrscht die dumpfe, stumpfe Masse mit allen ihren enerscheinungen. Die Arbeiter sind ohne jegliche Disziplin; **rbeitet wird so gut wie nichts.** Die Stimmung der aus- ungerten Leute ist entsprechend; die Anlagen geraten g in Verfall; kein Eisen, kein Nagel, kein Instrument zu be- men, um etwas auszubessern. Ein Pfund Brot täglich, ¼ Pfund er im Monat, hier und da ein Pfund getrockneten Fisch monat- (keine Kartoffeln, kein Gemüse), etwas Tabak, Salz, ein paar chteln Zündhölzer, das ist alles, was man bekommt.

Zu spekulativen Preisen ist vieles noch zu haben, z. B. Pfund Butter 22 000, ein Pfund Zucker 23 000, ein Pfund Weiß- l 7000, ein Pfund Fleisch 8000 Rubel, eine Schachtel Zündhölzer Rubel, ein Paar Schuhe 300 000 Rubel, ein Paar Strümpfe 00 bis 30 000 Rubel, eine Haarnadel 300 Rubel, ein Kaninchen 00 Rubel, ein Huhn 25 000 Rubel, ein Ei 2000 Rubel, eine sche Milch 2800 Rubel, ein gewöhnliches Wasser-(Trink)-Glas bis 700 Rubel, ein Pfund Zwiebel 2700 Rubel, ein Pfund Brot Rubel, ein Bleistift 2000 Rubel, ein Arschin Stoff (Kleiderstoff) 00 bis 100 000 Rubel, eine Zigarette 80 Rubel, ein Pfund Kaffee 00 Rubel, ein Pfund Tee 85 000 Rubel, eine Schaufel 10 000 el, Transport von ein Pfund Ware (Entfernung fünf Werst) t 500 Rubel, ein Pfund Kartoffeln 1200 Rubel, eine Rolle Zwirn 0 Rubel, ein leinenes Taschentuch 15 000 Rubel, ein Paar Schuhe ohlen 50 000 bis 60 000 Rubel, ein Paar Schuhschnüre 4000 bis 0 Rubel, eine elektrische Lampe (25 Kerzenstärke) 6000 Rubel

Dementsprechend sieht auch der äußere Mensch aus: abgerissen, e Schuhwerk, geflickt an allen Ecken und Enden, da feine Wolle bekommen ist, werden die Strümpfe mit Stoffresten licht.

Selbstverständlich kann von einem Aufschwung der In- strie keine Rede sein. Der Arbeiter will und wird nicht beiten, weil es kein Gesetz gibt, das ihn zur Arbeit zwingen n. Zur Arbeit erscheinen im Durchschnitt fünfzig bis hzig Prozent. Der andere Teil ist entweder tatsächlich krank schützt Krankheit vor oder faulenzt. Der rollende Be- und an Lokomotiven und Wagen verringert sich zusehends. die paar Züge, die laufen, sind aus Mangel an Heizungsmaterial mit Mühe aufrecht zu erhalten. Holzhäuser gibt es fast mehr, alles ist zu Heizmaterial verbraucht. **75 Prozent der briken stehen still aus Mangel an Heizmaterial,** Roh- ffen und Arbeitern, die ins Dorf fliehen. Die tätigen briken arbeiten mit 15 bis 25 Prozent der normalen beiterzahl. Die Regierung gibt diese Zustände offen zu, die tungen schreiben nur von den zunehmenden Verfall; ttung wird ausschließlich vom Auslande erhofft in m von Warenaustausch. Vorläufig wird noch alles gegen Gold uft; der Warenaustausch kann sich nur in minimalen Grenzen egen, weil erstens keine Vorräte da sind, neue nicht geschafft den, und wenn welche da wären, die Transportmittel nicht aus- chten, die Waren aus dem Innern zu befördern.

Im allernächster Zeit ist **Denationalisierung der Unter- hmungen** zu erwarten, die einen Arbeiterbestand von 70 und weniger aufweisen. Da der Wortlaut des Dekrets noch nicht bekannt ist, so muß abgewartet werden, was davon zu erwarten ist. Aus den Konzessionen ist bekanntlich nichts geworden; vielleicht ist etwas von der Denationalisierung zu erwarten. Vielleicht . . ."

Während man also in Petersburg für teuerstes Geld noch im Schleichhandel mancherlei erhält, sind die **Zustände im ausgesprochenen Hungergebiet katastrophal.** Das Hungergebiet umfaßt die Gouvernements Samara, Saratow, das Gebiet der deutschen Wolgakolonien, Zarizyn, den östlichen Teil des Dongebietes, Astrachan und den nordöstlichen Teil des Kuban- und Terekgebietes. Gegen Norden erstreckt sich die Mißernte über das Gouvernement Simbirsk und einen Teil des Gouvernements Pensa und über die Gebiete Kasan, Ufa, Wjatka und Perm. Es handelt sich also um einen ungeheuren großen Landstrich, der im Süden im nördlichen Kaukasus beginnt und im Norden weit über die Höhen von Moskau ins Gouvernement Wjatka und Perm hineingreift. Das russische Blatt „Bednota" bringt zu dieser territorialen Beschreibung des Hungergebietes noch Einzelheiten über den diesjährigen Ernteertrag. Einem Bericht dieses Bauernorgans zufolge wird der Ernteertrag im Gouvernement Samara nicht über 7 bis 8, im Gouvernement Saratow nicht über 10, im Gouvernement Simbirsk 10 bis 30 Pud pro Dessjatin ergeben. Die 7 Millionen Menschen, die die beiden Gouvernements Saratow und Samara bewohnen, benötigen jedoch nach einer statistischen Errechnung mindestens 154 Millionen Pud Getreide zur Ernährung und Aussaat. Die diesjährige Ernte dürfte jedoch nur im Höchstfalle in beiden Gouvernements 30 Millionen Pud erbringen, so daß demnach allein hier **nicht weniger als 124 Millionen Pud Getreide fehlen.** Die Lage, in der sich die Bevölkerung dieser Gegenden befindet, ergibt sich aus einem Brief, den ein Bauer aus dem Kreise Wolsk im Gouvernement Saratow nach Petersburg schrieb: „. . . Schon im letzten Jahre hat die Ernte bloß 10 bis 15 Pud pro Dessjatin ergeben. Das uns zur Aussaat überwiesene Korn haben wir zur Hälfte aufgegessen. Sommerkorn ist fast gar nicht mehr gesät worden. Roggen und Winterkorn ist zugrunde gegangen. Das Volk nährt sich von Eicheln, Gras und allerlei Schmutz! Es geht wie tot umher. Die Brachfelder werden nicht gepflügt. Wenn uns keine Hilfe kommt, **stirbt unser ganzes Dorf von 2500 Seelen."** Ein Brief aus dem Dorfe Taschelfi im Gouvernement Samara enthält folgende Stelle: „Im Kreis Stawropol hungert die Bevölkerung verzweifelt. **Man ißt Gras und Feldnagetiere.** Das Wintergetreide ist von der Dürre vernichtet, das Sommerkorn wird von den Insekten zugrunde gerichtet. Die Bauern bearbeiten die Felder nicht. Im Saransken Kreise haben die meisten Bauern kein Brot mehr. Wer eine Kuh hat, nährt sich von Gras und Milch, wer keine hat, allein von Gras. Am meisten wird Pferdesauerampfer gegessen. Wochenlang lebt man nur davon. **Die Menschen sind so schwach, daß sie nach zwanzig Schritten umfallen.** Im Kreise Saransk sind die Leute bloß noch Schatten. Sie essen alles, was sie herunter bekommen. Gelingt es ihnen, eine Handvoll Mehl zu erhalten, so fügen sie Baumrinde, Sägespäne, Moos, Spreu, Unkraut, Eicheln und dergleichen mehr hinzu und essen dies."

Nicht weniger trostlos lauten die Nachrichten aus dem von **deutschen Kolonisten besiedelten Wolgagebiet.** Auch dort ist eine vollständige Mißernte zu verzeichnen. Die deutschen Kolonisten haben Haus und Hof verlassen, rund um Saratow ein Lager gebildet und leben dort, wie es in einem Briefe eines deutschen Siedlers wörtlich heißt, „vom Bettel oder richtiger gesagt: sterben". **Dazu wütet in gräßlichster Weise die Cholera. Die Sterblichkeit erreicht 90 Prozent.**

Die Aussichten auf eine Versorgung mit Lebensmitteln sind aussichtslos. Das Kartensystem wird nur in Petersburg, Moskau, Kronstadt und Iwanowo-Wosnessensk beibehalten, alle anderen Städte und Ortschaften können sich ernähren, wo sie wollen und können. Aber auch in Petersburg sollen künftighin nur noch die Beamten und Kinder Brot bekommen, und zwar durch Kooperative der professionellen Verbände. Doch ist bis jetzt noch nichts organisiert, trotzdem die Karten schon ab 1. August abgeschafft werden sollen. Der Gelehrtenpajok besteht noch, wenn auch er schon sehr reduziert worden ist . . .

Die Politik des Disz-tér.

Fragen der ungarischen Außenpolitik. — Zusammenbruch der „westlichen Orientierung". — Marienbad.

Von unserem nach Ungarn entsandten Sonderkorrespondenten

Theodor Berkes.

⊕ **Budapest,** 2. Juli.

Die vor einigen Wochen fast gleichzeitig in England, Japan und Frankreich vollzogene Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon macht das seitherige territoriale und politische Provisorium des nahen Südostens für absehbare Zeit zu einem Definitivum, und soweit dieses Definitivum noch nicht vorher im Wege der Gewalt oder der Pariser Bestimmung hergestellt worden war, wird es nunmehr herzustellen sein. Damit wird namentlich die Frage Westungarns und die des Kohlenbeckens Fünfkirchen aktuell, und es wird sich zu erweisen haben, ob die im Vertrag ausgesprochene Angliederung Westungarns an Deutsch-Oesterreich und die Rückgabe des Gebiets von Fünfkirchen durch Südslawien an Ungarn sich reibungslos vollziehen wird und ob weiter die in der Millerandschen Mantelnote zum Vertrag von Trianon zugesagten Grenzkorrekturen irgendwelche Besserungen in dem seither noch kläglich getrübten Verhältnis Ungarns zu seinen Nachbarstaaten herbeizuführen imstande sein werden.

Eins aber jedenfalls hat die Ratifizierung des Trianoner Vertrages durch die Ententegroßmächte heute schon bewirkt: Das ungarische Volk und die ungarischen Politiker sind im Angesicht der vollzogenen Ratifizierung heftig ernüchtert worden, und es gibt heute kaum noch einen ernsten Politiker in diesem Lande, der über das Verhältnis der Großmächte zu Ungarn sich noch irgendwelchen Täuschungen hingebe. Mit der in Paris und London vollzogenen Gutheißung der harten territorialen Bestimmungen von Trianon ist eine Periode ungarischer außenpolitischer Neuorientierungsversuche abgeschlossen, die, genährt durch eine farbige Phantasiebegabung dieses sensitiven Volkes und gestützt — Fall Karolyi — durch manche Servilitäten, vom Westen das Heil erwartet hatte. Paris hat mit magyarischen Hoffnungen und Erwartungen nun endgültig aufgeräumt, und es ist den ernüchterten Ungarn heute so, als wäre all das hoffnungsberechtigte offizielle und inoffizielle französische Treiben in Budapest, als wäre selbst Gödöllö Spuk gewesen, und als hätten nie englische Lords den Vornehmsten der ungarischen Aristokratie schmeichelhafte und auch bedeutungsvolle Worte zugeflüstert. Mancher schöne ungarische Traum ist verflogen, der aus Budapest schon ein französisch tendiertes mächtiges habsburgisches Wien machte, oder aus Ungarn, diesem „Kapitel der großen und ewig wiederkehrenden Orientfrage", den englischen Mittelpunkt der großen kontinentalen Linie, die von Rußland über Warschau, Budapest, Konstantinopel nach dem englischen Herzen Asiens und nach dem englischen Indien führt. Man weiß jetzt in Ungarn, daß der ratifizierte Trianon-Vertrag das durchgeführte Programm der Ententegroßmächte im nahen Südosteuropa darstellt, und daß ungarnfreundliche Worte nur gut inszenierte Heilpflaster auf herb getroffene Wunden sind. Ernüchternd allein ist schon die Tatsache, daß „trotz aller Anstrengungen" es seither keinem ungarischen Finanzminister gelang, in Paris und London eine Anleihe zu erhalten, und schwer für Ungarn die Feststellung durch Paris und London, daß die Millerandsche Mantelnote keineswegs die Auslegung auf „umfangreiche Grenzberichtigungen", sondern nur „lokale Ausbesserungen" gestatte. Die ungarische Presse summiert sich deshalb denn auch: „Nun ist endlich die Zeit gekommen, um mit dem Optimismus aufzuräumen, den manche Politiker auf gewisse politische Kreise in England und Frankreich setzten. Ungarn steht unerbittlichen Tatsachen gegenüber. Es wird Zeit für eine vernünftige Außenpolitik. Keine westliche Orientierung, aber eine Verbindung mit den Nachbarstaaten." Und die ungarische Oeffentlichkeit spricht gleichzeitig, sich vielsagend an Frankreich wendend, in bezug auf die ungarischen nationalen Ziele aus: „Aber die gleiche Sehnsucht, die 47 Jahre hindurch alle französischen Herzen durchglühte, durchglüht auch uns, und was Frankreich von der göttlichen Gerechtigkeit erwartete, das erwarten auch wir. Das französische Volk ist unser Vorbild!" Als feinerzeit Ungarn in Trauer sich legte um Trianon, trug die schwarzgekleidete Menge Schilder vor die Budapester Ententemissionen, und diese Schilder riefen: „Voulez-vous quatre Alsaces?" Noch heute lebt in jedem Ungarn ungestillt die Erinnerung an „vier Elsaß-Lothringen" . . .

Am Disz-tér droben bei der stillen, prunkvollen Ofener Burg steht das ungarische Ministerium des Aeußern, und in ihm waltet der fünfte nachrevolutionäre Außenminister, Graf Nikolaus Bánffy. Es ist von ihm und seinem Ministerium zu sagen, daß auch sie beide „die Zeit für gekommen" erachten, und daß sie von jeder Politik der „trügerischen Illusionen und täuschenden Hoffnungen" ableiten. Das sprach Graf Bánffy, ein Siebenbürger Schöngeist übrigens, auch aus, als er in seiner parlamentarischen Antrittsrede an die Feststellung, daß die Politik Ungarns eine notwendige Konsequenz des unerschütterlichen Willens sämtlicher Ententemächte sei, folgende Betrachtungen knüpfte: „Bekehrt durch bittere Erfahrungen und rechnend mit den tatsächlichen Kräfteverhältnissen, steht die Leitung der ungarischen äußeren Politik auf der einzig möglichen Grundlage der realen Politik. Die Regierung wird trachten, alles zu vermeiden, was geeignet wäre, das ohne unsere Schuld gespannte Verhältnis noch mehr zu erweitern. Wir wünschen den Geist der Versöhnlichkeit." Und der Minister begann denn auch kurz darauf in der praktischen Durchführung dieser „realen Politik" die mit dem berechtigten Erstaunen der europäischen Politik begleiteten Marienbader Unterhandlungen mit der Tschechoslowakei als Fortsetzung der durch den Königsbesuch jäh abgebrochenen

Die neue Kompromißformel Briands.

meinsamer Schritt in Berlin, Erörterung der Truppenfrage in der ersten Sitzung des Obersten Rates.

Paris, 30. Juli. (E. E.)

Nachdem sich der französische Ministerrat am gestrigen Nachmittag zweites Mal versammelt hatte, erschien der englische Botschafter Lord Hardinge erneut bei Briand. Man den Eindruck, daß die Besprechung von einschneidender deutung war, und daß es dem englischen Diplomaten gegen ist, ein Einvernehmen vorzubereiten, das wahrscheinlich derart erfolgen wird, daß die Alliierten einen gemeinmen Schritt in Berlin unternehmen werden, um e deutsche Regierung aufzufordern, sich für die förderung von Truppenverstärkungen nach erschlesien bereit zu halten. Dagegen wird e Entscheidung über die Stärke der Truppen, re Zusammensetzung und den Zeitpunkt ihres transportes erst durch den Obersten Rat geoffen werden. **In Frankreich ist man der Ansicht, daß Oberste Rat die Entsendung dieser Truppen so rechtig beschließen wird, daß diese in Oberschlesien in dem genblick sind, in dem die Entscheidung über Oberlesiens Schicksal bekanntgegeben wird.** Dieses Kompro- **ß scheint von der französischen Regierung im gestrigen inisterrat grundsätzlich angenommen worden zu sein. an glaubt, daß nicht nur französische Truppen nach erschlesien entsandt werden, sondern auch englische uppen in gleicher Stärke. Die Entscheidung der eng- chen Regierung in dieser Hinsicht wird zweifellos erst Laufe des heutigen Tages bekanntgegeben werden.**

Briand empfing gestern gleicherweise den italienischen Botschafter Bonin-Longare, den Schweizer Gesandten Danand und den spanischen Botschafter Quinones de Leon, doch konnten wir nicht in Erfahrung bringen, ob der Empfang dieser beiden Diplomaten mit der Frage des Obersten Rates in Zusammenhang steht. (Vgl. S. 3.)

Veredlung des Reichsnotopfers?

Die Beratungen des Reichskabinetts über das Steuerprogramm.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die endgültige Gestaltung des Steuerbuketts, die gestern begonnen haben, werden sich voraussichtlich noch einige Tage, wahrscheinlich bis zum Dienstag, hinziehen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen die beiden Projekte, die auf der einen Seite von dem Reichsfinanzminister und auf der anderen Seite vom Reichswirtschaftsminister vorgelegt worden sind, um den Besitz ausreichend zur Aufbringung der Milliardensummen neben den indirekten Steuern heranzuziehen. Der Reichswirtschaftsminister schlägt bekanntlich eine Beteiligung des Reiches an den sogenannten Sachwerten in Form von Hypotheken, Aktien, Uebereignungen und dergleichen vor. Der Finanzminister tritt dagegen für eine Veredelung des Reichsnotopfers durch Staffelung der Sätze auf steigende Besitzwerte und für die Monopolisierung verschiedener Branchen, wie Kohlenhandel, Kali, Zucker und gegebenenfalls auch Tabak, ein. Soweit sich bisher aus dem Gange der Verhandlungen bereits ein Bild machen läßt, **scheint die Mehrheit des Kabinetts den Plänen des Finanzministers den Vorzug zu geben.** Indessen läßt sich Abschließendes noch nicht sagen.

Brucker Verhandlungen, und wenn bei diesen Verhandlungen auch nicht so „viel" erreicht wurde, wie enthusiasmierte Berichterstatter zu melden wußten, und wenn es auch noch zu früh ist, nun gleich schon von einem „neuen Mitteleuropa" zu sprechen: viel ist gewiß schon damit für die Wiederberuhigung dieses Teiles von Europa gewonnen, daß sich überhaupt zwei so ungemein verfeindete Nationen, wie es die Ungarn und Tschechen sind, in Gestalt ihrer beiden Außenminister zu „Vorbesprechungen" an einen gemeinsamen Tisch setzten. Spürende Geister vermerkten dazu, daß Frankreich dabei seine Hand im Spiele gehabt und daß Dr. Benesch Instruktionen für Marienbad in Paris und London erhalten hätte, und ausschweifende Phantasie wollte in logischer Folgerung wohl auch schon eine keimende Realisierung französischer Donaubundpläne mit antideutscher Orientierung sehen. Davon ist keine Rede und davon kann auch gar keine Rede sein, weil, wäre selbst Ungarn für solche Pläne einzufangen, bei den heute noch unausgeglichenen Mentalitäten der kleinen Donaustaaten jeder Versuch, der Ungarn wieder ins internationale Spiel bringen wollte, in Prag und Belgrad leidenschaftlichstem Widerstande begegnen würde. Gewiß beschatteten Ententewünsche die Marienbader Verhandlungen, aber das Ententeinteresse lag in einer anderen und sicher nicht magyarenfreundlichen Richtung: Paris und London, denen schon oft Zweifel über die Neugestaltung der Dinge hier im Südosten aufstiegen, wollten einfach auch ihrerseits etwas dazu beitragen, um das von ihnen geschaffene und noch immer wacklige neue Mitteleuropa nach Möglichkeit zu stabilisieren. Außerdem walteten grob materialistische Erwägungen: die Tschechoslowakei braucht für ihre gerade im gegenwärtigen Augenblicke notleidenden Industrien den ungarischen und den rumänischen Markt, und da sie Rumänien am bequemsten nur über ungarisches Gebiet erreichen kann, braucht sie Ungarn doppelt. Und andererseits braucht Ungarn Absatzgebiete für seine Agrarprodukte, und es braucht außerdem tschechisches Eisen und tschechische Kohle, und da Ungarn im Augenblick durch den Ausfall an oberschlesischer Kohle notleidet, sieht es sein Interesse an der Tschechoslowakei ebenfalls lebhaft. Fragt sich nur: Lassen sich wirtschaftliche Fragen lösen, ohne auch gleichzeitig die politischen zu lösen? Hier trennen sich noch grundsätzliche Auffassungen, und die Entente ist zum Beispiel der Meinung, daß eine vorhergegangene wirtschaftliche Verständigung die politische notwendig im Gefolge habe, während Ungarn, das wirtschaftlich bei diesem Pakt sich doch nicht so unmittelbar getroffen fühlt wie die Tschechoslowakei, und, wie es sagt, „abwarten" kann, die politische Regelung als Auftakt zur wirtschaftlichen verlangt. Da nun die politischen Fragen zwischen den beiden Staaten zumeist Zugeständnisse der Tschechoslowakei voraussetzen: Rückgabe rein magyarischer Gebiete der Südslowakei, energischer Minoritätenschutz, — den freilich auch ihrerseits die Tschechen von Ungarn verlangen — Enthaftung politischer Gefangener, Rückkehr der Ausgewiesenen, so ist heute das Zielergebnis von Marienbad, wo seither kaum erst politische Fragen berührt wurden, durchaus noch dunkel, und Marienbad stellt in der Tat, wie die offiziellen Communiqués besagten, nur „eine Etappe dar der Aufbauarbeit, für die aber noch mehrere Etappen zum Ausgleich der berechtigten Interessen notwendig sind". Ob sich an Marienbad auch Belgrad und Bukarest angliedern werden, ist ebenfalls nur schwer vorauszusagen, und es dürfte das von den Versuchen in Marienbad und namentlich auch von der innerpolitischen Entwicklung Südslawiens abhängen, wo bei dem erregten Aufbau dieses Standes bisher nur wenig Zeit, auch wenig Lust zu freundschaftlicheren Beziehungen mit einem Staat vorhanden war, von dem man Störungen dieser inneren Konsolidierung erwartet. Bei Rumänien aber sieht Ungarn zurzeit noch in der Persönlichkeit des ungarfeindlichen Take Ionescu Hindernisse für engere Beziehungen. So ist also gegenwärtig „Mitteleuropa" durch den Vertrag von Trianon wirtschaftlich und politisch noch völlig zerrissen, die Ungarn können nicht zu ihren Besitztümern in Südslawien, die Südslawen kaum nach Ungarn, Trauungen müssen noch auf der Grenze vollzogen werden, und ein Postpaket aus Siebenbürgen nach Karlsbad, das früher keine Zollschranken kannte, sieht heute deren noch drei. Die Wirtschaft der „Nachfolgestaaten" versumpft immer mehr, und Marienbad ist bis zur Stunde noch kaum ein Lichtblick . . .

Der Inhalt der englischen Note.

Das „Auseinandergehen der Politik der Zusammenarbeit".

Paris, 29. Juli. (W. T. B.)

Havas meldet aus London: Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Note, die gestern abend von der britischen Regierung an Frankreich gesandt wurde, ein in versöhnlichem, aber gleichzeitig energischem Ton gehaltenes Schriftstück ist. Sie wurde von Lord Curzon nach dem Ministerrat von gestern vormittag ausgearbeitet und von den Ministern in der Nachmittagsmittagssitzung mit nur geringfügigen Aenderungen angenommen. Die Note ist ein langes, mit der Schreibmaschine geschriebenes Schriftstück von ungefähr zwölf Seiten Kanzleiformat.

Der erste Teil ist einer Prüfung der Tatsachen gewidmet, die von der französischen Regierung vorgebracht wurden, und wiederholt in klarer Form die Ereignisse, die seit der Ueberreichung der französischen Note an Deutschland am 16. Juli ohne vorhergehende Verständigung mit den Alliierten sich abgespielt haben. Das sei das erste Anzeichen eines Auseinandergehens der Politik der Zusammenarbeit gewesen, die bisher befolgt wurde. Dieser Hinweis dient nicht nur dazu, die französische Regierung an das zu erinnern, was sich tatsächlich ereignet hat, sondern auch die Form zu beleuchten, in der die britische Regierung immer wieder den Grundsatz der engen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verständigung zwischen den alliierten Regierungen befolgt hat.

Die Note bringt sodann das Erstaunen zum Ausdruck, das die britische Regierung bei der Aenderung der Haltung der französischen Regierung empfand, die in den ersten Tagen der Woche sich von dem Grundsatz der Zusammenarbeit entfernte, auf den Lord Curzon und der französische Botschafter dringend hingewiesen und worüber sie sich verständigt hatten. Die **Note erinnert die französische Regierung daran, daß nach dem Frankfurter Zwischenfall im April letzten Jahres Millerand die endgültige Zusicherung gab, daß die französische Regierung keine selbständigen Maßnahmen über Fragen ergreifen würde, die die gemeinsamen Interessen der Alliierten berühren. Die Note drückt dann die Enttäuschung aus, die nicht nur durch die offenbare Absicht der französischen Regierung, von dem damals angenommenen Grundsatz abzuweichen, hervorgerufen wurde, sondern auch durch den offensichtlich unfreundlichen Ton der Mitteilung der französischen Regierung vom letzten Mittwoch.** Es widerstrebt der britischen Regierung zu glauben, daß ein solcher Ton auch unfreundliche Absichten seitens der französischen Regierung einschließt.

Alles, was Großbritannien verlangt, ist eine Allianz, die durch die schrecklichen Opfer der Alliierten zusammengekittet wurde, und die auf der gleichen Grundlage gegenseitigen Vertrauens weiter bestehen bleibt. Die Note fügt hinzu, daß Großbritannien, um zu diesem Ziele zu kommen, der französischen Regierung schon viele Zugeständnisse gemacht habe und bereit sei, solche auch weiterhin zu machen. Was aber den **Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung der Alliierten in Oberschlesien und andere Fragen, die die Friedensverträge berühren, anbetrifft, so ist es Großbritannien durchaus unmöglich, Maßnahmen gutzuheißen, die unvermeidlich die Grundlage der Allianz erschüttern können.** Die britische Regierung fühlt sich verpflichtet, anzufragen, welche Erklärung die französische Regierung für ihr Verhalten ihr geben will, denn solange die Frage nicht geklärt ist, sei es schwierig zu sehen, auf welcher Grundlage die Zusammenarbeit der Alliierten fortgesetzt werden könne.

Della Toretta gegen französische Truppensendungen nach Oberschlesien.

Rom, 30. Juli. (E. P.)

Im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte am Freitag der Minister des Aeußern Della Toretta auf die Frage eines Abgeordneten, ob Italien zur Entsendung neuer Truppen nach Oberschlesien seine Zustimmung gebe: **er habe gegenüber einem verbündeten Staat die Entsendung italienischer Truppen bereits abgelehnt und widersetze sich auch der Entsendung neuer französischer Tr[illegible]n.** Italien wünsche [illegible] ein so ernster Beschluß im Einvernehmen mit allen anderen Alliierten im Obersten Rat gefaßt werde. **Schon jetzt nähmen die französischen Truppen in Oberschlesien eine Vorzugsstellung ein,** da Frankreich in Oberschlesien über mehr Truppen verfüge als Italien und England zusammen. Marchese Della Toretta versicherte der Kommission, die italienische Regierung interessiere sich lebhaft für die oberschlesische Frage im besonderen und die politische Neugestaltung Zentraleuropas überhaupt. Er lasse sich dabei von reinen Grundsätzen leiten und sei entschlossen, vor allem die eigenen Interessen zu wahren.

Die Schulden der Alliierten an Amerika.

(Privatmeldung.)

London, 30. Juli.

Aus Washington wird gemeldet, daß Mellon, der amerikanische Schatzsekretär der Finanzkommission des Senates, in großen Zügen seinen Plan bezüglich der europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten auseinandersetzte. Mellon erklärte, daß er jedem Staate, der Amerika etwas schulde, mitteilen werde, in welcher Weise die Tilgung der Schuld vorzunehmen sei. Er sei durchaus bereit, den europäischen Staaten lange Fristen zu gewähren, um ihre Schuld zu begleichen. Er sei aber nicht bereit oder geneigt, andere Obligationen als vom Schuldner ausgegebene anzunehmen oder andere Garantien für diese Beträge anzuerkennen.

Bekämpfung der Futtermittelnot.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden gestern unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Huber Beratungen über Maßnahmen zur **Bekämpfung der infolge der Dürre entstandenen Futtermittelnot** statt. Der Vorsitzende betonte einleitend, daß nach den aus den verschiedenen Reichsteilen vorliegenden Nachrichten von einer **Gefährdung der Ernte im allgemeinen nicht gesprochen** werden könne, daß aber in einzelnen Gebieten des Reichs die Rauhfutter- und Futterpflanzenernte unter der Dürre außerordentlich gelitten habe. Die Sorge für die Abhilfemaßnahmen gegen örtliche Notstände der Landwirtschaft falle zunächst in die Zuständigkeit der Länder. Immerhin bestehe aber auch für das Reich nach seinen Zuständigkeiten die Möglichkeit, auf bestimmten Gebieten so durch Maßnahmen der Ein- und Ausfuhr und die Frachttarifpolitik helfend einzugreifen. Im einzelnen ist aus dem Ergebnis der Beratung folgendes hervorzuheben:

Sowohl von den Vertretern der Landesregierung als auch von den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen wurde besonders Gewicht darauf gelegt, daß jene Notstandsgebiete, die ganz besonders unter der Dürre zu leiden haben, bei der Belieferung mit Tauschmais zeitlich vorzugsweise berücksichtigt würden. Die geringen Bestände an Kraftfuttermitteln, die sich noch im Besitz des Reiches befinden, namentlich Kleie und Gerstenfuttermehl, sollen nach Maßgabe des Rindviehbestandes jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Notlage einzelner Reichsteile, den Ländern zur Verfügung gestellt werden. Die Vertreter der Landesregierungen und die Vertreter der Landwirtschaft, gaben einstimmig dem Wunsche Ausdruck, daß die im Juni zugelassene, teilweise Ausfuhr von Oelkuchen aus ausländischen Saaten im Hinblick auf die in den letzten Wochen eingetretene Futternot baldigst gesperrt werde. Zum mindesten müsse diese Regelung einer sofortigen Nachprüfung unterzogen werden, um, wie bisher den Viehhaltern zu ermöglichen, sich die Futter- und Streuvorräte der öffentlichen und privaten Waldungen, wie in den Kriegsjahren, zunutze zu machen, soll die Bekanntmachung über Streu, Heide- und Weidenutzung vom 13. April 1916 aufrechterhalten bleiben, wonach die Besitzer von Forsten und anderen nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde verpflichtet sind, die Werbung von Futter- und Streumaterial jeder Art und das Weiden von Vieh zu gestatten.

Als besonders wirksames Mittel zu einer baldigen besseren Futterversorgung der Viehhaltungen der gefährdeten Gebiete wurde von den Vertretern der Landesregierungen in voller Uebereinstimmung mit der Landwirtschaft und dem Futtermittelhandel die Einführung von Notstandstarifen für Futter- und Streumittel bezeichnet. Von der Regierung wurde die unverzügliche Entscheidung über die eingelnen Anträge und Wünsche zugesagt.

Sommerflirt.

Von [Nachdruck verboten.]

Felix Langer.

Die sommerliche Zusammenkunft von Menschen in Kurorten und Sommerfrischen verführt durch das Entkleidetsein von Beruf und gewohnten gesellschaftlichen Verpflichtungen zu leichterer Lebensauffassung und einer gewissen Ungebundenheit im persönlichen Gehaben, die vielleicht eine Hauptwurzel aller Ferialerholung ist. Man fühlt sich als ein anderer denn sonst und möchte ein anderer werden, um der Arbeit des vergangenen Jahres gewachsen zu sein. Man neigt zu einer gewissen Lässigkeit sich selbst gegenüber und zu Nachsicht und Milde in der Beurteilung anderer, und selbst der verschlossenste Mensch fühlt sich in sommerlicher Landschaft leichter zu den lieben Mitmenschen hingezogen als in der Hetzjagd des städtischen Lebens, das mehr oder weniger Kritik gegen jedermann unter dem Gesichtswinkel des beruflich Fördernden verlangt. Die schönste Landschaft wird langweilig, wenn man sie allein, ohne Gemeinschaft mit anderen, durchstreifen soll. Man lernt sich gegenseitig kennen wie auf einem Maskenball, ohne sonderlich nach wer und woher zu fragen. Das häufige Zusammensein schürzt Beziehungen von reizvoller Unverbindlichkeit. Es muß nicht gerade Liebe und Leidenschaft sein, es ist nicht stiefleinener Gesellschaftsverkehr. Tändeln in der Mitte zwischen den Gesetzen einer antiquierten Etikette und dem Spiel mit dem Feuer amouröser Abenteuer, sind sie nicht selten das übermütige Kind erotisch temperierter Laune. Wobei natürlich für die Rasselebigkeit unserer Zeit und ihre leichtgeschürzten Sitten und liebdekolletierten Unsitten genügend Spielraum bleibt. Es gestehe, wer ehrlich und alleinstehend ist, daß er noch nie ohne die prickelnde Erwartung in den Sommer, gleichgültig ob ans Meer oder in die Berge gefahren ist, daß irgendwie reizvolles Erleben mit Menschen seiner harre, es gestehe der Mann den Wunsch, jene Frau zu treffen, welche die Dichter so oft als den Typus der neuzeitlichen Liebe schildern, es gestehe die Frau ihre Sehnsucht nach Wirklichkeiten Gourths Mahlerischer Manufaktur. Es ist der Sommerflirt, der nun einmal zur Sommererholung zu gehören scheint, den sie beide ersehnen.

Da es doch nichts gibt, wozu sich bei Goethe keine Beziehungen finden, möge man seine Meinung zu diesem Thema hören. Eckermann notiert am 20. Juli 1831: Wir sprachen über allerlei Dinge, zuletzt auch über Karlsbad, und erschwatzte über die mancherlei Herzensabenteuer, die er daselbst erlebt. „Eine kleine Liebschaft", sagte er, „ist das einzige, was uns einen Badeaufenthalt erträglich machen kann; sonst stirbt man vor Langeweile. Auch war ich fast jedesmal so glücklich, daß irgendeine kleine Wahlverwandtschaft zu finden, die mir während der wenigen Wochen einige Unterhaltung gab."

Goethe erzählt dann von einem kleinen, reizvollen Abenteuer, das ihm einen Sommer verschönte, und wie immer waren es junge Mädchen, zu denen er sich hingezogen fühlte. Aber er mag sich dabei vielleicht auch jener letzten Liebe, die den Altgewordenen mit dem ewig jungen Herzen erschüttert hat, erinnert haben, jener Liebe in Marienbad zu Ulrike v. Levetzow. Wollte man sie alle nennen, deren Wirkung während der sommerlichen Kuraufenthalte Goethes Herz berührten, dürfte man vielleicht auch jene polnische Klaviervirtuosin Madame Szymanowska nicht vergessen, die Goethe einmal in Marienbad kennen gelernt hatte, und die dann später in seinem Hause in Weimar konzertierte, und man könnte sich ruhig auch in höchste Kreise verirren, mit denen Goethe im Sommer in Berührung kam. Immer geschieht es mit einer gewissen Wärme, wenn Goethe von seinen sommerlichen Frauenbekanntschaften berichtet.

Aber der Nachweis, daß ein Sommer ohne Flirt kein richtiger Sommer ist, braucht nicht bei Goethe Halt zu machen. Heine in Lucca und in Norderney bestätigt den Meister aus Weimar, und die tieferen Neigungen Schillers, Richard Wagners und vieler anderer hat der Sommer entflammt und gesengt. Ibsen in Gossensaß ist das modernste Beispiel. Fälschlich nennt man den Frühling die Zeit der Liebe. Der Sommer ist die gefährlichere Jahreszeit. Es gibt Abende, etwa nach verregneten Tagen, wenn der Himmel sich geklärt hat und die Alleen dampfen und Ahnungen des Herbstes durch die sinkenden Nachtschatten schleichen, da ist das Bedürfnis nach Menschennähe, nach seelischer Enthüllung oft so stark, daß es nicht einmal sonderlich starker Neigungen bedarf, um Menschen zusammen zu bringen. In Kurorten die irgendwo verklingende Musik, in den Bergen ein Sonnenuntergang mit all der sommerlichen Melancholie des farbengeschmückten Abendwerdens . . . Der Frühling ist Rausch, quälendsüße Bestimmungslosigkeit, ist Genuß des Augenblicks ohne Zukunftsgedanken. Der Sommer aber trägt schon Herbst- und Wintergedanken in sich und die fröhlichste Laune mit all ihrer augenblicklichen Unverbindlichkeit blickt nach den traurigen Tagen, wenn es draußen kalt ist und schneit. Goethe, in seiner diplomatischen Art, wollte vielleicht dem Adepten Eckermann nicht den tiefsten Sinn seiner Sommerliebschaften verraten, dessen Süße er allein verkostete: es ist die Erinnerung, die man sich mit nach Hause nimmt, für Arbeitspausen und Einsamkeiten. Sie ist ja vielleicht der einzige Sinn allen Erlebens.

Kleine Mitteilungen. Wilhelm Dieterle vom Deutschen Theater und Ernst Friedrich, der Leiter der Arbeiter-Kunstausstellung, werden bei der pazifistischen Kundgebung am Sonntag zitieren. — Dem sechzigjährigen Karl Heine hat Arnold Neuwieser ein kleines Buch „Die Rente des Einzeldarstellers" (Mayische Verlagsanstalt, Berlin) gewidmet, das dem Kenner zwar kaum Neues bietet, aber vielen Theaterfreunden eine unterhaltsame Lektüre sein wird.

Professor Konrad v. Lange, der Kunsthistoriker der Tübinger Universität, ist einem Telegramm unseres Korrespondenten zufolge im Alter von 66 Jahren gestorben. Geboren zu Göttingen, lehrte er zuerst in seiner Heimatstadt und in Königsberg, und kam 1898 nach Tübingen, wo er 1905 Rektor war. Er hat über zahlreiche Probleme der Kunstwissenschaften, über den Silberschatz Herzog Ulrechts Al von Preußen (1894) und über Peter Flötner (1897) geschrieben und mit Juhze zusammen den schriftlichen Nachlaß Dürers herausgegeben (1893). In seinen letzten Schriften behandelte er Probleme des Films.

Die Uebernahme von Kunstwerken aus dem Besitz der Hohenzollern. Ueber die „Schutzhaft", in der sich seit der Umwälzung eine Anzahl der hervorragendsten beweglichen Kunstwerke aus dem Besitz des früheren Kaiserhauses in Berlin befinden, kamen vor kurzem Mitteilungen an die Oeffentlichkeit. Es wurde da mit vollem Recht verlangt, dem jetzigen Zustande ein Ende zu machen und, wie man Menzels bisher im Neuen Palais in Potsdam versteckles Hochkirchbild auf die Ausstellung in der Potsdamer Orangerie schickte, baldmöglichst auch die anderen hochbedeutenden Kunstwerke, die der Staat bei der Auseinandersetzung von den Hohenzollern übernimmt, allgemein zugänglich zu machen. Wie wir erfahren, werden Vorbereitungen getroffen, zum 1. September dementsprechend vorzugehen. Das Schloßmuseum, dessen Eröffnung ja wohl auch davon abhängt, ob es angängig ist, alle die reichen und vielfachen Kunstwerke aus dem Besitze des früheren Kaiserhauses öffentlich zu zeigen, die Schätze an Silber, Gobelins, an Gemälden, Porzellan und all das andere, was Generaldirektor v. Falke und seine Helfer hier mit dem Besitz des Kunstgewerbemuseums zusammengeordnet haben — das Schloßmuseum also wird allein schon im Herbste eine Fülle dieser Kunstwerke zeigen können.

st. Orientalistenkongreß in Leipzig. Unser Korrespondent schreibt: Die Deutsche morgenländische Gesellschaft begeht ihr 75jähriges Jubiläum durch einen allgemeinen Orientalistentag, der vom 29. September bis 2. Oktober in Leipzig stattfindet. Die Deutsche morgenländische Gesellschaft, deren Aufgabe die wissenschaftliche Erforschung des gesamten Orients ist, wurde vor 75 Jahren in Leipzig unter Führung des berühmten Arabisten Fleischer gegründet. Die Gesellschaft hat durch ihre Mitglieder und ihre Wirkung längst internationale Bedeutung gewonnen; ihr Organ ist die „Zeitschrift der Deutschen morgenländischen Gesellschaft". Die Vorträge der Tagung werden vieles bieten, was von allgemeiner Bedeutung ist; die Tagung soll daher auch Nichtfachleuten zugänglich sein. Um allen Orientalisten die Teilnahme an dem wichtigen wissenschaftlichen Unternehmen zu ermöglichen, wendet sich der Wohnungsausschuß des Orientalistentages an die Einwohner mit der Bitte, dem einen oder anderen Gelehrten freies Quartier oder solches gegen mäßiges Entgelt zu gewähren.

Vor sieben Jahren.

Friedenskundgebungen.

Am morgigen Sonntag finden überall im Reiche große Kundgebungen der Kriegsgegner aller Richtungen statt, die unter dem Leitwort „Nie wieder Krieg" für eine pazifistische Außenpolitik, für einen neuen Geist der Jugenderziehung, für die Sicherung der republikanischen Staatsform und gegen den Revanchegeist demonstrieren werden. Auch heute vor sieben Jahren fanden in den Straßen Berlins Friedensdemonstrationen statt, die aber bald hinweggeschwemmt wurden durch jene lärmenden nationalistischen Gegendemonstrationen, deren Geheimnis noch immer nicht aufgeklärt ist und über deren Entstehung der damalige Polizeipräsident, der jetzt unter der Anklage des Hochverrats gegen die Republik stehende Herr v. Jagow authentische Auskunft geben könnte. Gegen dreihundert größere Kundgebungen sind für morgen geplant. So sind große Demonstrationen in Hamburg, Bremen, Duisburg, Herne, Breslau, Leipzig, Görlitz, Braunschweig und Essen angekündigt. Die Demonstration in München hat der Polizeipräsident Poehner verboten, doch wird eine Friedenskundgebung im großen Mathildensaal stattfinden. Von den politischen Parteien beteiligen sich die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen. Zu den Einberufern der Berliner Demonstrationen gehören außer der Gewerkschaftskommission der Friedensbund der Kriegsteilnehmer, die deutsche Friedensgesellschaft, die Deutsche Liga für Völkerrecht, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und eine Reihe weiterer Organisationen. Von englischen pazifistischen Organisationen sind Sympathiekundgebungen eingegangen. Heftige Angriffe richtet aus Anlaß der Demonstrationen die kommunistische „Rote Fahne" gegen die Veranstalter, denen das „pazifistisches Geschrei" vorwirft, während sie selbst den Anlaß der siebenten Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruchs dazu benutzt, um zur Bewaffnung des Proletariats aufzurufen. Die Kundgebung des morgigen Sonntags wird eine große Musterung der grundsätzlichen Kriegsgegner werden. Der Aufruf des Aktionsausschusses betont, daß die Kundgebung für eine pazifistische Außenpolitik erfolgt. Sollen dies nicht bloße Worte sein, so wird allerdings der deutsche Pazifismus, der sich bisher allzu sehr als Sekte entwickelt hat, lernen müssen, daß es sich hier um ein politisches Problem handelt, das als ein Teil der Gesamtpolitik aufgefaßt und mit den Mitteln der Politik behandelt werden muß.

*

Der **„Demokratische Zeitungsdienst"** schreibt aus Anlaß der morgen stattfindenden Kundgebung: „Kein Mensch wird zu sagen wagen, daß alle die, die für Völkerverständigung und Völkerversöhnung eintreten, weniger in Liebe für ihr Vaterland glühen als die, welche die „nationale" Gesinnung in Erbpacht genommen zu haben behaupten. Denselben Anspruch erheben auch die Veranstalter der Kundgebung am morgigen Sonntag. So richtend auch ihnen die Erinnerung an die Augusttage des Jahres 1914 mit ihrer Begeisterung und ihrem Opferwillen vor Augen steht, so grauenvoll und niederschmetternd zeigt sich ihnen das Bild, wenn sie sich heute, da zum siebenten Male die Glut des Hochsommers auf den Gräbern der Toten im Weltkriege brennt, erschütternd die Frage vorlegen: Was war der Gewinn? Unendlich viele von ihnen, die draußen standen im Schützengraben mit allen den Schrecken, haben es verlernt, den Krieg als „Stahlbad" und Jungbrunnen" zu betrachten. Ihnen hat sich sein Bild gewandelt in den Würger der Kultur, als Zerstörer unersetzlicher moralischer und materieller Werte, als Henker der Blüte unseres Volkes. Und nun, sich in diesen Tagen das siebente Glied an die Kette der Jahre reiht, seit das Kriegsgeschrei die Welt durchdrauste, reichen sie sich die Hände zum Schwur, daß diese Gottesgeißel niemals wieder über die Menschheit geschwungen werde, so weit ihre Macht es ändern kann."

---

* Der kommunistische Abgeordnete **Menpel** hatte, wie wir hören, von der preußischen Regierung die widerrufliche Erlaubnis erhalten, die Strafanstalten, in denen sich Personen befinden, die **außerordentlichen Gerichten** verurteilt wurden, einmal unangemeldet aufzusuchen. Die Erlaubnis, die bis zum 30. Juni lief, ist nunmehr bis zum 30. September verlängert worden.

* Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle befanden sich am 4. Juli in **Avignon** und den angeschlossenen Gefangenenlagern noch 93 deutsche Kriegsgefangene, die wegen **gemeiner Vergehen** von der französischen Regierung zurückbehalten werden.

∞ **Das Deutsche Nationaltheater in Weimar** wird, wie es von unserem Mitarbeiter geschrieben wird, am 25. September mit einer völligen Neueinstudierung von Goethes „Götz von Berlichingen" seine nächste Spielzeit eröffnen. Zur Erstaufführung im Schauspiel werden u. a. Gerhart Hauptmanns „Rose Bernd", Wilhelm v. Scholz' „Der Wettlauf mit dem Tagesgroschen", Tagores „Der König der dunklen Kammer", Strindbergs „Gespensternsonate", v. Unruhs „Prinz Louis Ferdinand", Buchners „Dantons Tod" (in der neuen Bearbeitung Ernst Hardts) sowie „Leonce und Lena" desselben Verfassers, Oskar Wildes „Ernst" (Bunbury) vorbereitet werden. Als Festvorstellung für die nächstjährige Goethegesellschaft Goethes „Clavigo". — In der Oper werden zur Erstaufführung u. a. erworben: Pfitzners „Der arme Heinrich", Respighis „Palestrina", Lebuffys „Pelleas und Melisande" und Klenaus Pantomime „Klein Zaches Blumen". Für den Karfreitag bereitet das Volkschor des Deutschen Nationaltheaters eine Aufführung der Bachschen „Matthäus-Passion" vor.

⊙ **Der Schriftsteller Leo Stein** ist gestern, wie uns aus Wien geschrieben wird, nach längerer Krankheit im 59. Lebensjahre gestorben. Er hat sich besonders als Verfasser des Lustspiels „Fächersprache", der Posse „Eduard, der Herzensdieb" (mit Alfred v. Schiff-Markenau) und zahlreicher Operettenlibretti einen Namen gemacht.

Theaterchronik. Alfred Braun vom Schiller-Theater spielt im Deutschen Künstlertheater den Rechtsanwalt Parker in Groteske „Der Herr Verteidiger", von Molnar und Halm.

Berliner Wochenspielplan. Berliner Bühnen. Erstaufführungen. Freitag: Volksbühne 8. (E.): „Liebelei". — Reidenzitheater 8. (E.): „Cumulus". — Kleines Theater 4. (G.): „Der Dieb".

Geschlossene Spielplan. Staatsoper 31.: „Strohwitwe". — Theater in der Königgrätzer Straße 31.: „Webstuhl". — Deutsches Schauspielhaus 31.—4., 6.: „Weber", 5.: „Danton", 7., 8.: „Perlen Heyse". — Volksbühne 31.: „Kellerfuchs", 1.: „Fiedler", 2., 3.: „Cavalleria rusticana", „Bajazzi", ab 4.: „Liebelei". — Reichstheater 31.—3.: „1919", ab 3.: „Traumulus". — Kleines Theater 31.—3.: „Kasimirs Sohn", ab 4. „Der Dieb".

Geplant. Deutsches Theater: „Potsch und Perlmutter". — Kammerspiele: „Der Herr, der die Mäuslichen kriegt." — Lessing-Theater: „Ballerina des Königs". — Deutsches Künstlertheater: „Berlichingen". — Berliner Theater: „Militärdienstpaper" — Residenzhaus: „Der blonde Engel". — Kleines Schauspiel: „Weigen", — Tribüne: „Bunbury". — Tiananthestheater: „Wundermeers Fächer". — Walner-Theater: „Zigeunerliebe". — Neues Operettentheater: „Amerikan Girl". — Komische Oper: „Der fidele Bauer". — Metropoltheater: „Blaue Mesur". — Theater am Nollendorfplatz: „Vetter aus Dingsda". — Theater des Westens: „Morgen wieder lustig". — Schiffbauerdamm-Theater: „Meine Frau, das Fräulein". — Theaterchen: „Mädchen". — Walhallatheater: „Königin der Luft". — Friedrichshelmstädtisches Theater: „Kleine aus der Hütte". — Centraltheater: „Sicnta". — Theater in der Kommandantenstraße: „Liebeshexe". — Metropoltheater: „Mein Leopold". — Lustspielhaus: „Klärchen Pieske".

Die Prestigepolitik Frankreichs.

Die Androhung selbständigen Vorgehens.

Paris, 30. Juli. (W. T. B.)

Wie „Petit Parisien" mitteilt, hat der französische Ministerrat gestern vormittag unter Vorsitz von Millerand den Entschluß der französischen Regierung in bezug auf Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien bestätigt. Frankreich vertrete den Standpunkt, daß es in dieser Frage umso weniger nachgeben könne, **als es sich durch zwei diplomatische Schritte bei der deutschen Regierung gebunden habe. Ehe die französische Regierung auf eine Maßnahme verzichte, die sie für unerläßlich halte, scheine sie, wenn möglich, unter ihrer eigenen Verantwortung handeln zu wollen.**

„Matin" schreibt, es sei nur ein halbes Uebel, wenn man England einen diplomatischen Erfolg verschaffe, es sei aber viel ernster, ein derartiges Geschenk (!) dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Minister Dr. Rosen zu machen. Diese Herren würden zu keinem Geschmack daran finden. (!) Gewiß sei es wahr, daß das Vorgehen Frankreichs einige Unsicherheit in sich trage, aber sei die Politik, die ewig diese Wagnisse vermeiden wolle, nicht gefährlich?

Der Kompromiß, der auf dem Wege zu sein scheint, wird von der Presse im allgemeinen günstig aufgenommen, nur Pertinax zeigt ihm im „Echo de Paris" eine unfreundliche Haltung und erklärt, daß zweifellos in diesem Augenblick die lebhafte Debatte, die sich in der oberschlesischen Angelegenheit seit dem 23. Juli zwischen Paris und London entwickelt habe, als abgeschlossen betrachten könne. Die Demarche, die St. Aulaire am 28. Juli in London unternommen hatte, entspreche keineswegs der von der französischen Regierung in ihrem Telegramm vom 24. Juli erwähnten. Pertinax erinnert daran, daß die Ministerpräsidenten der Dominions mit Lloyd George gleichfalls über die oberschlesische Frage berieten, und daß diese der Mehrheit der Ministerpräsidenten gleichgültig gewesen sei mit Ausnahme des Generals Smuts, der nicht gerade zu Frankreichs Freunden gehöre. Bezüglich der Besprechungen zwischen Harding und Briand erklärt Pertinax, daß der englische Botschafter Briand mitgeteilt habe, die englische Regierung habe Deutschland wissen lassen, daß der deutsche Widerstand nicht dazu führen dürfe, schlimme Folgen für die Allianz zu haben. Pertinax erklärt ferner, daß die Veröffentlichung der deutschen Note, in der die deutsche Regierung sich dem einstimmigen Beschlusse der Alliierten zu fügen versprach, auf das Drängen Lord d'Abernons (? zurückzuführen sei. Pertinax hält die Annahme des im zweiten französischen Ministerrat gefundenen Kompromisses durch die leitenden englischen Staatsmänner für wahrscheinlich. Der Oberste Rat werde sich, was auch geschehen möge, am 4. August versammeln. Inzwischen werde England die Forderung Frankreichs hinsichtlich der Entsendung weiterer Truppen nach Oberschlesien in Berlin unterstützen. Man müsse sich fragen, was bei der Debatte von einer Woche erreicht sei. Es sei schwierig, auf diese Frage zu antworten, wenn man bedenke, daß die Leitung der französischen auswärtigen Angelegenheiten Schwierigkeiten und Widersprüche enthalte, aber Pertinax fürchtet, daß Laurent und St. Aulaire in London bald einsehen werden, daß sie jede Autorität nunmehr verloren hätten. Sie würden Frankreich weder die Debatte über die oberschlesische Frage fortzusetzen erleichtern, noch die Verwirklichung des Friedensvertrages. Aber darüber könne man jetzt hinweggehen. Jetzt beginne ein neues Kapitel, das Kapitel der Konferenzen von Paris. Ueber die Haltung der englischen Regierung wissen die beiden in Paris erscheinenden Blätter „New-York Herald" und „Chicago Tribune" zu berichten. Dem erstgenannten Blatt wird mitgeteilt, daß in englischen Regierungskreisen die Ansicht vorherrsche, daß, falls Frankreich die Haltung, die es in der letzten Note ausdrückte, nicht ändere, die Entente ernstlich bedroht sei. Das zweite Blatt sagt, daß in englischen Kreisen die Hoffnung bestehe, die Haltung Englands in seiner letzten Note werde Frankreich veranlassen, seine Haltung bezüglich der Truppentransporte zu ändern, und Frankreich werde verstehen, daß die Sitzung des Obersten Rates am 4. August stattfinden müsse. England sei entschlossen, keinen Zoll breit in der Frage der Truppentransporte nachzugeben, das habe man auch an autorisierter Stelle erklärt.

Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum schreibt im „Populaire", Lloyd George sei nicht deutschfreundlich, aber indem er dem Reichskanzler Wirth sein Werk erleichtere, beabsichtige er, die Opposition der Arbeiter und der Liberalen zufriedenzustellen. Briand habe seinerseits den aufrichtigen Wunsch, dem Ministerium Wirth das Leben zu verlängern, aber er wolle die reaktionäre Mehrheit in Frankreich schonen. Daraus erkläre sich die beiderseitige Haltung.

„Ere Nouvelle" erklärt, die augenblickliche Haltung der englischen Regierung in der oberschlesischen Frage sei tatsächlich die Meinung Englands. Die englische Regierung oder Lloyd George handelten, wie man auf der Straße denke. Selbst „Times" und „Daily Mail" kritisierten nur Einzelheiten der Kanzlei-politik. Die angelsächsische öffentliche Meinung liebe Polen nicht, sie habe kein Interesse für dieses Land und kein Vertrauen in seine Zukunft. Jetzt teile nicht einmal ein Teil der öffentlichen Meinung jenseits des Kanals Frankreichs Ansicht und habe diesmal nicht Lloyd George aufgefordert, seine Haltung gegenüber Frankreich zu ändern.

„Chicago Tribune" meldet aus Washington, es sei endgültig bekannt geworden, daß Amerika nicht den Wunsch geäußert habe, die Schiedsrichterrolle in der oberschlesischen Frage zu übernehmen. Botschafter Harvey werde der Sitzung des Obersten Rates nur als Beobachter beiwohnen.

*

Wie erinnerlich, hat die **deutsche Regierung** am 23. Juli gleichzeitig mit ihrer Antwort an Briand auf das Verlangen eines französischen Truppentransportes nach Oberschlesien, dem französischen Botschafter Laurent einen Brief überreicht. Darin hatte sie sich bereit erklärt, den Bestimmungen des Versailler Vertrages in jeder Weise nachzukommen, und betont, dem Ersuchen nur dann entsprechen zu können, wenn es im Namen aller drei Mächte gestellt werde, die die Besetzung in Oberschlesien ausführen. Wie wir hören, hat die deutsche Regierung inzwischen einen zweiten Brief an Herrn Laurent gerichtet, in dem sie noch einmal ihre Stellungnahme in dieser Frage präzisiert und im übrigen erklärt, daß sie eine Entscheidung des Obersten Rates, entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages, vorbehaltlos anerkennen würde.

„Kann Er lesen?"

Entstellungen.

Der „Vorwärts" wirft in seiner heutigen Morgenausgabe dem „Berliner Tageblatt" einen Widerspruch vor, weil wir in unserem gestrigen Leitartikel die Notwendigkeit eines Zusammengehens zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und der Deutschen Demokratie zur Durchsetzung bestimmter Gegenwartsforderungen betont, und weil wir gleichzeitig einen Artikel des „Demokratischen Zeitungsdienstes" abgedruckt haben, der den Deutschen Beamtenbund vor dem beabsichtigten Zusammenschluß mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa warnt. Es ist das Geheimnis des sozialdemokratischen Organs, hier einen Widerspruch zu konstruieren. Der Deutsche Beamtenbund umfaßt als tatsächlich neutrale Organisation Angehörige aller Parteien, insbesondere stehen auch Demokraten an führenden Stellen. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Afa sind aber trotz ihrer formellen Neutralität ihrer Zusammensetzung nach faktisch sozialdemokratische Organisationen, neben denen besondere demokratische Arbeiter- und Angestelltenorganisationen stehen. Mit Recht hat deshalb der „Demokratische Zeitungsdienst" auf die Gefahr hingewiesen, die darin liegt, daß die im deutschen Beamtenbund organisierten Demokraten sich in das von der Sozialdemokratie beherrschte Lager begeben, dem ihre organisierten Parteifreunde aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen fernstehen. Aus dieser Warnung des „Demokratischen Zeitungsdienstes", die wir wiedergegeben haben, und mit der wir uns noch beschäftigen werden, macht der „Vorwärts" einen „Empörungsschrei des Berliner Tageblatts gegen den Beschluß des Deutschen Beamtenbundes, sich auf den Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches zu stellen." Wir sind höflich und wollen annehmen, daß nicht Böswilligkeit, sondern Unfähigkeit die Schuld an diesem „Mißverständnis" trägt. „Kann Er lesen?", fragte einmal Friedrich der Große in seiner Bibliothek den Adjutanten, der ihn ob der Frage verwundert ansah.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Noch keine Rückzahlung der zu viel geleisteten Beträge.

Die demokratischen Reichstagsabgeordneten Erkelenz und Ziegler haben folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: „Zehntausende Arbeitnehmer haben auf Grund der vor dem 1. April 1921 geltend gewesenen Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn erheblich mehr an Einkommensteuer gezahlt, als sie zu zahlen verpflichtet waren. In keinem Falle hat bisher eine Zurückzahlung stattgefunden. Ist die Reichsregierung bereit, die Finanzämter anzuweisen, daß eine Rückzahlung beschleunigt erfolgt?"

*

Ferner hat der demokratische Abgeordnete Delius noch folgende Anfrage gestellt: „In der Reichsfinanzverwaltung sind für die **Zollbeamten** bei den verschiedensten Dienststellen keine Beamtenausschüsse eingerichtet worden. Vorstellungen der Beamten sind ergebnislos geblieben. Ist der Herr Reichsfinanzminister bereit, im Einvernehmen mit den Beamten sofort diese Ausschüsse einzusetzen bzw. sie in Tätigkeit treten zu lassen?"

---

* In der Pariser Meldung unserer gestrigen Morgenausgabe „Noch neunzig Gefangene in Avignon" wird gesagt, **daß unter den Gefangenen sich auch der 1914 unter geheimnisvollen Umständen im Walde von Fontainebleau verhaftete Freiherr v. Schierstedt befindet.** Hierzu schreibt uns ein Leser, daß 1917 eine Broschüre **„Patrouille Schierstedt"** erschienen ist, in der Freiherr v. Schierstedt seine Verhaftung im Walde von Fontainebleau und seine spätere Auslieferung über die Schweiz nach Deutschland schildert.

Der Flaggenkampf in Hamburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hamburg, 30. Juli.

Hoch gehen seit einigen Tagen in Hamburg die Wogen des Parteikampfes, zwar nicht auf den Straßen, wohl aber in den Zeitungen. Anschließend an die Bemühungen aller Handels- und Schiffahrtskreise, dem deutschen Auslands- und Seehandel die in der Welt bekannte Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot unverändert zu erhalten, veranstaltet der Bürgerbund heute eine große Flaggendemonstration mit 13 Dampfern und zahllosen kleineren Booten aller Art auf der Alster eine im schwarz-weiß-roten Flaggentuch prangende Flaggenparade zur Demonstration für die Erhaltung der alten Handelsflagge. Den Auftakt zu der Veranstaltung bildete die gestrige Versammlung in Hamburgs größten Saalräumen, veranstaltet vom Bürgerbund. Unter den vier Hauptrednern befanden sich Kapitän Freyer von der Handelsmarine, ferner Führer der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei sowie ein bekanntes Mitglied der Deutschen demokratischen Partei, das im Sinne der Reichstagsfraktion für Beibehaltung der alten Handelsflagge im Gegensatz zur Haltung der Hamburger Fraktion sprach. Bemerkenswerterweise hielt auch der Führer der deutschen Seemannsvereinigungen, Paul Müller, der bekanntlich wegen seiner Haltung hinsichtlich der Flaggenfrage im Hamburger Wirtschaftsrat aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen wurde, eine große Rede mit der Versicherung, daß die Seeleute in dieser Frage nahezu geschlossen hinter ihm stünden. Alle Redner betonten mit Nachdruck, daß die Flaggenfrage über dem Parteistreit stehe und vor allem von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet werden müsse, aber von ungeheurer Bedeutung für Deutschlands Wiederaufbau sei. In einer Entschließung wurde, nachdem der Reichstag versagt habe, die Herbeiführung eines Volksentscheids in der Flaggenfrage gefordert.

Verhaftung des Abgeordneten Erkelenz im besetzten Gebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Düsseldorf, 30. Juli.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz ist heute von der Besatzungsbehörde verhaftet worden. Die Gründe, die zu der Verhaftung des Abgeordneten geführt haben, sind nicht bekannt gegeben worden. Es verlautet, daß die Post des Herrn Erkelenz schon seit vier Wochen von der Besatzungsbehörde kontrolliert worden ist.

---

* **Zusammenschluß der deutschen und österreichischen Lehrer.** Kürzlich ist in Innsbruck die Vereinigung des Deutschen Lehrervereins und des Deutsch-österreichischen Lehrerbundes in feierlicher Sitzung der Vertreter beider Körperschaften durch einstimmigen Beschluß vollzogen worden. Der Deutsch-österreichische Lehrerbund tritt damit als Zweigverein in den Deutschen Lehrerverein ein.

431535 Fahrkarten zum Ferienverkehr.

Geringe Abnahme gegen das Vorjahr.

Ueber den Ferienfernverkehr liegen jetzt nach Abschluß der hierüber geführten Statistik genaue Zahlen vor, die einen Vergleich zu den entsprechenden Verkehrsziffern des Vorjahres zulassen. Danach wurden in den Hauptreisetagen vom 7. bis 13. Juli auf allen Berliner Fernbahnhöfen einschließlich des Verkaufs von Fahrkarten in den Reisebureaus zusammen verkauft 431 535 Fahrkarten des Fernverkehrs (gegen 460 781 Fahrkarten im Vorjahr). Gegen das Vorjahr ist also eine Abnahme um 29 246 Fahrkarten eingetreten, die etwa 0,5 vom Hundert beträgt. Zu berücksichtigen ist bei dieser Zahl allerdings, daß die Fahrkarten zu ermäßigten Preisen, die für die Feriensonderzüge auf den einzelnen Bahnhöfen verkauft worden sind, in diese Zahl nicht eingerechnet sind. Den größten Fahrkartenverkauf hatte in diesem Jahre nicht wie sonst der Stettiner Bahnhof, sondern der Schlesische Bahnhof, der mit 86 762 Fahrkarten (gegen 51 299 im Vorjahre) an der Spitze steht. Auf dem Stettiner Bahnhof wurden verkauft 78 975 (gegen 131 582) Fahrkarten, dann folgen Anhalter Bahnhof mit 58 049 (gegen 57 444) Fahrkarten, Lehrter Bahnhof mit 43 840 gegen 40 518 Fahrkarten, Potsdamer Bahnhof mit 24 000 und Görlitzer Bahnhof mit 22 457 Fahrkarten.

Die Hauptbeförderung von Reisenden fällt in diesem Jahre nicht auf allen Bahnhöfen gleichmäßig auf den Tag nach Schulschluß, sondern sie verteilt sich. So war der Hauptandrang auf dem Schlesischen Bahnhof am 11. Juli (220 856 Reisende), als zweitstärkster Reisetag der 10. Juli mit 19 187 Reisenden, während auf dem Stettiner Bahnhof am 9. Juli 14 345 Reisende, am 8. Juli 12 990 Reisende abgefertigt wurden.

Der Streik im Kartoffelgroßhandel.

Eingreifen der Technischen Nothilfe.

Die Verhandlungen, die gestern zwischen dem Arbeitgeberverband des Kartoffelgroßhandels und den Vertretern der streikenden Kartoffelarbeiter und Arbeiter stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen, da die Streikenden auf einem Mindestwochenlohn von 360 Mark beharrten, während sich die Arbeitgeber nur zu einem Zugeständnis von 325 Mark verstehen konnten. Eine endgültige Klärung dürfte voraussichtlich erst zu Beginn der nächsten Woche erzielt werden, da beide Parteien bis dahin Beschlüsse über die gestrigen Angebote fassen werden. Heute hat nach Beiprechungen mit den zuständigen Behörden die technische Nothilfe eingegriffen, um die Tausende von Zentner Kartoffeln, die auf den verschiedenen Bahnhöfen lagern, vor dem Verderben zu bewahren. Infolge der drohenden Haltung der Streikenden arbeiten die Abteilungen der technischen Nothilfe unter dem Schutze der Polizei. Es soll mit allen Kräften versucht werden, ein Lagern der Kartoffeln auf den Bahnhöfen über den morgigen Sonntag hinaus zu vermeiden, da sonst mit dem Verderb großer Mengen dieses wichtigen Nahrungsmittels zu rechnen wäre. Allein auf dem Nordbahnhof stehen augenblicklich 100 Waggons mit je 1500 Zentnern Kartoffeln. Aehnliche Mengen befinden sich auf allen übrigen Berliner Kartoffelbahnhöfen.

*

* In der Oeffentlichkeit sind, wie der Verband deutscher Kartoffelinteressenten schreibt, Alarmgerüchte von einer angeblichen Katastrophe in der Kartoffelernte im Umlauf. Nach den amtlichen Ernteberichten sind diese Gerüchte übertrieben. Der sandige Boden der Mark Brandenburg und anderer Gebiete leidet zwar am meisten unter der beklagenswerten Dürre; diese Gebiete sind aber nicht ausschlaggebend für die Gesamternte. Die Frühkartoffelernte ist gut über mittel gewesen, und die Herbstkartoffelernte dürfte sich, zumal auf schwerem Boden, erholen, sobald die dringend benötigte Feuchtigkeit kommt. Vorzeitige Angstmeldungen könnten höchstens, wie im Vorjahre, zu Angstkäufen und damit zu übertrieben hohen Preisen führen. Zurzeit bewegen sich die Kartoffelpreise noch auf angemessener Höhe.

Der Wasserverbrauch Berlins in den Hitzetagen. Der Wasserverbrauch in Groß-Berlin war in den letzten Monaten außergewöhnlich groß. In der Hitzeperiode vor acht Wochen hat es Tage gegeben, an denen fast 300 000 Kubikmeter Wasser nur von den städtischen Wasserwerken Berlin abgegeben wurden. Also fast soviel wie 1916, wo an einem Tage einmal 320 000 Kubikmeter in Berlin verbraucht wurden. In den letzten Tagen sind rund 290 000 bis 300 000 Kubikmeter gefördert worden. Wenn man berücksichtigt, daß infolge der Dürre und des hohen Wasserpreises von 90 Pfennig pro Kubikmeter ganz von selbst mit Wasser sparsam umgegangen wird, dann wird man diesen Verbrauch von Wasser richtig einzuschätzen wissen.

Feuergefecht mit Wilderern. Der Förster Schwager aus Schönwalde bei Spandau hatte gestern abend an der Waldgrenze Schönwalde—Wandsdorf einen Zusammenstoß mit drei Charlottenburger Wilderern. Auf Anruf des Försters, der die Wilddiebe beim Zerlegen von Rehen und Hasen antraf, nahmen die Wilderer sofort Deckung. Einer von den Wilderern legte das Gewehr auf den Förster an. Dieser schoß aber zuerst, und einer der Wilddiebe, der Zimmermann Anton Glitza, aus Charlottenburg, war sofort tot; ein anderer, der Bauarbeiter Gustav Klempin, wurde schwerverletzt. Der Arbeiter Proschke ergab sich schließlich und wurde verhaftet.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in den ehemaligen Vororten von Berlin haben ihre Tätigkeit auf die Abwicklung der Geschäfte beschränkt. Anders das Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgericht Berlin. Dieses hat sich mit der neuen Zentralorganisation eingehend beschäftigt und auch seine Tätigkeit als Gericht nicht eingestellt. Es fanden in diesem Monat nicht nur Sühnetermine ohne Beisitzer, sondern auch kontradiktorische Verhandlungen mit Beisitzern statt.

Großfeuer vor den Toren Berlins. Von einem großen Brande ist gestern abend das Dorf Groß-Kimitz bei Dahlewitz, an der Eisenbahn Berlin-Zossen betroffen worden. Obwohl die freiwilligen Feuerwehren aller Nachbarorte zu Hilfe eilten, konnte nicht verhindert werden, daß mehrere mit Roggen gefüllte Scheunen und Stallungen den Flammen zum Opfer fielen. Das Vieh konnte zum größten Teil in Sicherheit gebracht werden. Die Entstehungsursache ist noch nicht aufgeklärt. Infolge der Dürre waren die Löschungsarbeiten sehr erschwert, da das Wasser bis aus Dahlewitz herbeigeholt werden mußte.

Die Getreideumlage des Kreises Teltow. Zur Aufbringung und Ablieferung des Umlagegetreides aus der Ernte 1921 hat der Landrat des Kreises Teltow eingehende Bestimmungen getroffen. Das dem Kreise auferlegte Getreideumlagesoll ist auf die Gemeinden und Güter des Kreises unterverteilt worden. Es ist hierbei den Unterschieden in der Lieferfähigkeit Rechnung getragen. Getreideanbauflächen von nicht mehr als einem Hektar sind von der Umlage freigelassen worden. Die Gemeinden und die einzelnen Erzeuger haften dem Kreis für die rechtzeitige Erfüllung des Lieferolls.

Ein mißglückter Raubzug.

Feuergefecht zwischen Polizei und Räubern.

Breslau, 29. Juli. (W. T. B.)

Gestern mieteten der „Schlesischen Zeitung" zufolge fünf Männer ein Automobil für eine Landfahrt. Auf der Rückfahrt nach Breslau verlor einer der Männer seinen Hut. Als der Chauffeur diesen geholt hatte, wurde er nicht mehr in das Auto hineingelassen und zur Herausgabe seiner Papiere gezwungen. Die Insassen wollten nun die Fahrt ohne ihn fortsetzen. Das Automobil verfuhr aber. Hierauf wurde der Chauffeur unter Geldversprechungen aufgefordert, sich an einem geplanten Raubzuge zu beteiligen. Der Polizeibeamte, mit gutem Schein darauf ein, erklärte aber, er müsse zunächst Reparaturwerkzeug aus der Stadt holen. Unterwegs begegnete er Polizeibeamten, mit denen er zu den Banditen zurückkehrte. Diese schossen auf die herankommenden Beamten, die das Feuer erwiderten. Zwei Männer ergaben sich der Polizei, die übrigen entkamen.

Eine mysteriöse Koffersendung.

(Von unserem Korrespondenten.)

p. Lauban, 29. Juli.

Auf dem Görlitzer Bahnhof in Berlin wurden in der Richtung nach Hirschberg vor wenigen Tagen mehrere schwere Koffer als Eilgut aufgegeben. Auf Bahnhof Horka meldete sich ein Reisender als Besitzer der sechs Gepäckstücke mit der Angabe, seinen Gepäckschein verloren zu haben. Da er den Inhalt der Koffer, der aus wertvollen Teppichen bestand, genau angeben konnte, wurden ihm diese von diensttuenden Stationsbeamten nach gegebener Quittung übergeben. Ihre Begleitpapiere gingen nach Görlitz weiter. Am nächsten Tage langte auf dem Bahnhofe in Görlitz ein Telegramm des Inhalts an, daß die bezüglichen Gepäckstücke nach Dresden weiter befördert werden sollten. Weitere Ermittelungen in der mysteriösen Angelegenheit, bei der es sich um ein Objekt von einer Million Mark handelt, sind im Gange. Die bisherigen Ermittelungen haben ergeben, daß man hier einem groß angelegten Betrugsmanöver auf die Spur gekommen ist, die Bahnverwaltung mit einem Schlage um eine Million Mark — so hoch würde sich nämlich die Entschädigung für die abhanden gekommenen Gepäckstücke belaufen — zu schädigen.

Post Sieger im Hamburger Schachturnier. In der Schlußrunde des Meisterturniers siegte, einem Privat-Telegramm aus Hamburg zufolge, Post gegen Wagner, Carls gegen Ahues, Zander gegen Brinkmann, John gegen Schlage. Die Partie Sämisch—Gregory wurde remis, die Partie Krüger-Schories schwebt. Erster Preisträger ist Post, zweiter Sämisch; die anderen Preise sind noch unbestimmt.

Hamburg, 30. Juli. (Privat-Telegramm.) Der Eisenbahnverwaltung ist es durch die Untersuchungsstelle bei der Eisenbahndirektion Altona gelungen, eine große Güterräuberbande zu entlarven, die namentlich auf dem großen Güterbahnhof Wilhelmsburg in dreister Weise Gütezüge beraubte und den Raub ganz offen abtransportierte. Meist handelt es sich um Kutscher und Erwerbslose. Die Zahl der Verhaftungen ist noch nicht abgeschlossen.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Nachts kühler, am mittags wieder etwas wärmer, vielfach heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

Handel und Verkehr.

* **Die Entschädigung der aus den abgetretenen Reichsgebieten Verdrängten.** Der „Deutsche Gläubigerschutzverein für Polen und Litauen E. V." in Berlin schreibt uns: Das Verdrängungsschädengesetz soll die Entschädigung der deutschen Reichsangehörigen bringen, die aus den an Polen abgetretenen vormals preussischen Gebietsteilen verdrängt sind, ferner für die vertriebenen Elsass-Lothringer und für die aus Schleswig und Eupen-Malmedy Vertriebenen.

Als „verdrängt" im Sinne des Gesetzes gilt nur, wer: 1. infolge Ausweisungsbefehls der fremden Macht das Gebiet verlassen musste, 2. durch sonstige Massnahmen der neuen Behörden oder durch andere zwingende Gründe unmöglich weiter in dem Gebiet sich aufhalten konnte, 3. bei Ausbruch oder während des Krieges in dem Gebiet gewohnt, es alsdann verlassen hat und infolge von Massnahmen der neuen Behörden nicht dorthin zurückkehren konnte.

Die Auslegung des Begriffs „verdrängt" erfolgt so eng wie möglich. Als behördliche Massnahme ist es noch keineswegs anzusehen, wenn eine untergeordnete Instanz aus eigener unzuständiger Machtanmassung solche Massnahmen trifft oder androht, ohne dass eine entsprechende Anordnung der zuständigen höchsten Behörde vorliegt. Subjektive Gesichtspunkte des Abgewanderten über das, was unmöglich oder zwingend ist, sind ausgeschlossen. Es muss die tatsächliche Unmöglichkeit feststehen. Durch das Verdrängungsschädengesetz wird vor allem der Verlust an Erwerbseinkommen, an verlorenen oder beschädigten Sachen entschädigt. Ferner wird eine bescheidene Pauschalsumme als Verlust der Grundlage der Existenz gewährt. Diese Pauschentschädigung wird aber höchstens für die Zeit von der Festsetzung des Entschädigungsanspruches im ersten Rechtszuge bis zum 31. Dezember 1922 zugebilligt. Der Entschädigung wird der Wert der verlorenen Sache, den sie am 25. Juli 1914 hatte, zugrunde gelegt. Für Hausrat und Kleidungsstücke werden aber die Wiederherstellungskosten bis zum Höchstbetrage von 100 000 M. eingesetzt. Bei Gebrauchsgegenständen für den Beruf gilt diese Grenze nicht. Der Antrag auf Festsetzung der Entschädigung ist binnen 6 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes zu stellen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird noch bekannt gegeben werden.

* **Entwertung der Mark und Valutadumping.** In dem neuesten Monatsbericht der von der Heydt-Kerstens Bank heisst es u. a.: Die holländische Industrie empfindet noch immer stark den Einfluss der Entwertung der deutschen Mark. Indem sich in vielen Branchen eine starke deutsche Konkurrenz fühlbar macht. Man ist zwar in wissenschaftlichen Kreisen der Ansicht, dass sich auf die Dauer die Preise in Deutschland an die Entwertung der Mark im Auslande anpassen werden und dass es somit bei dieser Auslandskonkurrenz, soweit es zum Valutadumping in Frage kommt, nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Es lässt sich aber nicht leugnen, dass die fortschreitende Entwertung der Reichsmark den Prozess immer wieder aufs neue belebt, und dass, solange die Entente ihre Auffassungen nicht ändert und Deutschland gegenüber auf dem letzten Groschen besteht, die Gefahr vor einer immer fortschreitenden Markentwertung und einer immer grösseren entwertenden Differenz der Mark im In- und Auslande bestehen bleibt. Im Auslande muss dies wieder den Elementen, die Massnahmen zur Abwehr des Valutadumping befürworten, den Rücken stärken, und vergrössert somit die Gefahr, dass es zu einer fortgesetzten internationalen Fehde anstatt zu internationalem Zusammenarbeiten kommen wird. Auch unter diesem Gesichtswinkel wäre eine Uebereinkunft hinsichtlich der Reparationsforderungen sowie eines anderen Modus zur Abtragung der deutschen Schuld, sowohl im deutschen Interesse wie im Ententeinteresse, nur zu begrüssen.

* **R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik Akt.-Ges.** in Berlin. Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss, das Grundkapital um 14 auf 42 Mill. M. zu erhöhen. Die neuen für das Geschäftsjahr 1920/21 zur Hälfte dividendenberechtigten Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank nicht unter 107 pCt. mit der Verpflichtung übernommen, sie den bisherigen Aktionären zu 112 pCt. in der Weise zum Bezuge anzubieten dass auf je zwei alte Aktien eine neue entfällt. Die Notwendigkeit der Kapitalerhöhung begründete die Verwaltung mit den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen. Sie bemerkte ferner, dass die Gesellschaft in den ersten Monaten des laufenden Jahres befriedigende Erträgnisse erzielt habe. Seitdem hätten sich die Umsätze erheblich vermindert, insbesondere infolge der Exportschwierigkeiten und des abnehmenden Inlandsbedarfes. Da eine baldige Besserung nicht zu erwarten sei, müsse mit einem Rückgang der Dividende gerechnet werden.

* **Westdeutsche Koks-Werke Akt.-Ges.** in Köln. Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Grundkapitals um 1,2 Mill. M. Stamm- und 300 000 Mark Vorzugsaktien. Die neuen Aktien sind ab 1. Juli 1921 dividendenberechtigt und werden den Aktionären im Verhältnis von 1 : 3 zum Kurse von 120 pCt. zum Bezuge angeboten.

* **Die Steinkohlengewerkschaft Graf Bismarck** bringt für das zweite Vierteljahr 1500 M. Ausbeute pro Kux zur Verteilung.

* **Nitritfabrik Akt.-Ges.** in Köpenick. Die Generalversammlung genehmigte den Dividendenvorschlag von 16 pCt. Der Vorsitzende teilte mit, dass Verhandlungen zwischen der Deutschen Gas-Glühlicht Akt.-Ges. (Auer & Co. G. m. b. H.) und der Nitritfabrik schweben, wonach beide Firmen gemeinsam eine grossbetriebliche Fabrikation von chemischen Werten aufnehmen werden. Die neue Fabrik werde auf dem bisher der Nitritfabrik gehörigen Terrain errichtet werden. Es sei zu erwarten, dass die Vereinbarung in den nächsten Tagen zustande kommt, da über alle Punkte völlige Uebereinstimmung herrsche.

Waren-Markt.

* **Marktbericht vom Magerviehhof** vom 29. Juli. (Bericht der Viehzentrale G. m. b. H., Berlin-Friedrichsfelde.) Der Auftrieb zum heutigen Rindermarkt auf dem Magerviehhof zu Berlin-Friedrichsfelde war geringer als in der Vorwoche. Infolge der ausserordentlichen Dürre ist das Geschäft vollständig still. Trotzdem wird auf Preise gehalten, da die Zufuhren sehr spärlich sind und infolge der Entwertung unserer Mark Auslandzufuhren nur zu erhöhten Preisen möglich sind, die befestigend auf den Markt wirken. Die Futterknappheit ist ausserordentlich gross. Es waren aufgetrieben: 341 Stück Kühe, 57 Stück Ochsen, 88 Stück Bullen, 89 Stück Jungvieh, welche wie folgt gehandelt wurden: Milchkühe u. hochtragende Kühe: 1. Qual. 5000—6500 M. per Stück, 2. Qual. 4000—5000 M. per Stück, 3. Qual. 2500—4000 M. per Stück, Färsen 1. Qual. 4800—6300 M. per Stück, 2. Qual. 3500—4800 M. per Stück, Zugochsen 600—700 M. per Ztr. Lebendgewicht, Jungvieh zur Mast 400 bis 575 M. per Ztr. Lebendgewicht, Bullen zur Zucht 7500—9500 M. per Stück. Zum Schlachten geeignete Ware wurde in der Preislage von 4—6,25 M. pro Pfund Lebendgewicht gehandelt. Ausserdem standen 304 Pferde zum Verkauf. Das Geschäft war still. Gezahlt wurden für: Pferde 1. Klasse 20 000—25 000 M. per Stück, 2. Klasse 16 000—20 000 M. per Stück, 3. Klasse 10 000—15 000 M. per Stück, geringere Pferde 5000 bis 9000 M. per Stück, Schlachtpferde 2000—4500 M. per Stück.

* **Berliner Butterversteigerung** vom 29. Juli in Berlin O., Mollenstr. 31/32. Zugeführt und verkauft 529 Fass Molkereibutter. Oldenburger von 25,90—27,90 M., hannoversche von 25,70—27,60 M., Schleswiger von 25,90—27,30 M., mecklenburgische von 25,60—26,60 M., ostpreussische von 22,90—26,40 M., westpreussische von 24,40—26,40 M., pommersche von 24,90—26,10 M., Altmärker von 25,70 M., westfälische 25,70 M., neumärkische 26 M.

* **Salzheringe.** (Bericht von E. F. Dahlke, Stettin.) In dieser Berichtswoche kamen etwa 16 000 To. hier an. Es wurde gemäß dem bedeutenden Geschäft entwickelte sich in 1920er Yarmouther Heringen, wovon Fulls und Matfulls. Die gänzlich neuen höheren Preisen geräumt werden konnten. Infolge der enormen Hitze der letzten Tage liess der Abzug neuer Heringe zu wünschen übrig und mussten die Preise dafür, trotz der guten Qualitäten, welche die zugeführten Shetlandsheringe zeigten, nachgeben. Die letzten Forderungen der hiesigen Importeure stellten sich für Crowbrand Fulls 430—440; Crowbrand Matfulls 410—420; Crowbrand Matties 380—390; Yarmouther Fulls 440—455; Matfulls 410—420; Matties 355—360; 1920er Holländer Voll in holl. To., unsortiert 330; 1921er Sloe 210—220; 1921er Vaar 170—180; 1920er Sloe 135—145; 1920er Vaar 105 bis 120; 1921er schott. Fulls 725—750; Matfulls 625—650; Matties 525—550; Shetlands large Matjes 850—900, selected Matjes 650—750; Medium Matjes 550—700; Large Fulls 750—850. — In norwegischen Fettheringen waren die Umsätze beschränkt und bedangen: grössere Fettheringe 328—330; mittlere Fettheringe 290—260; kleinere 180—210; schwedische large Spents 200. Alles per Fass verzollt ab Lager Stettin netto.

* **Kuxhavener Fischmarkt.** (Amtliche Preisnotierungen am 28. Juli.) Preise für den Zentner: Nordseeware Kabliau I 211 bis 239 M., do. II 84—109 M., Schellfisch I 213—284 M., do. II u. III 100 bis 158 M., III 105—125 M., Scholle II 315 M.

* **Vom internationalen Häutemarkt** berichtet uns die Rotterdamer Firma W. Herbig am 28. Juli: Rotterdam: Während der Berichtszeit hielt sich der Umsatz auf unserem Markt bei festen Preisen etwa im Rahmen der Vorwoche. Auf einer hier stattgefundenen Auktion von meist zweitklassigen Häuten wurde nur wenig, aber zu befriedigenden Preisen verkauft. Im übrigen wurden hier u. a. umgesetzt, teils ab Lager, teils auf Lieferung: 1000 ges. holl. Zahmhäute, 345 ges. Rio Grande Sal. Ochs, 543 ges. Rio Grande Sal. Kuh, 2000 ges. Tucuman Espec. Ochs, 1000 ges. Tucuman Espec. Kuh, 1000 ges. Rio Grande Sal. Ochs, 500 ges. Rio Grande Sal. Kuh. — Antwerpen/Liverpool: An beiden Plätzen hielt sich das Geschäft in normalen Grenzen. England beteiligte sich in stärkerem Masse an den Einkäufen von Frigorificos am La Plata. Der aus der Liebig-Einschreibung verbliebene Rest von 1024 Konsum-Ochsen wurde zu 9¾ d. cif Liverpool verkauft (ausgel. Gewicht). — Vereinigte Staaten: In Amerika entwickelte sich nach einer stillen Periode ein ausserordentlich lebhaftes Geschäft. Es wurden ca. ½ Mill. Packerhäute umgesetzt, ausserdem kaufte man am La Plata etwa 100 000 Gefrierhäute.

* **Kaffeewochenbericht** der Firma Morris A. Hess (Hamburg) vom 30. Juli: Die feste Haltung Brasiliens sowie das Anziehen der ausländischen Zahlungsmittel verursachten in der abgelaufenen Berichtswoche eine scharfe Steigerung der Preise. Das Hauptinteresse wandte sich den Offerten aus zweiter Hand zu, doch wurden auch vereinzelt direkte Abschlüsse mit dem Produktionslande getätigt. Besonders wurden geringe Sorten gefragt, während feinere Qualitäten etwas vernachlässigt sind. Erst in den letzten Tagen macht sich auch für die besseren Sorten lebhafteres Interesse geltend. Die Festigkeit Brasiliens ist hauptsächlich auf eine Besserung des brasilianischen Wechselkurses zurückzuführen. Auch das Inland ist nasonnlich in den letzten Tagen mit starker Nachfrage am Markt. Heutige Notierungen je nach Qualität und Beschreibung: Java-Robusta 7,40 bis 7,75 M., Santos (superior/extra-prime) 8—9,50 M., gew. Zentralamerikaner 10—15 M. per ½ kg roh, unverzollt, ab Freihafenlager Hamburg.

* **London**, 29. Juli. (Metall-Schlussnotierungen.) Kupfer per Kasse 70¼ (70⅛), per 3 Monate 70¼ (70½), Zinn per Kasse 159¾ (159⅝), per 3 Monate 161¼ (161⅝), Blei nahe Sichten 23⅝ (23⅝), entfernte Sichten 23 (23⅛), Zink nahe Sichten 25½ (25⅝), entfernte Sichten 26¼ (26⅝), Silber 38⅝ (39½), auf Lieferung 38 (38¼), Gold 115/2 (114/10).

* **Ausschreibung in Bulgarien.** Wie der Handelskammer zu Berlin mitgeteilt wird, findet am 29. August d. J. bei der Kreisfinanzbehörde in Sofia eine Ausschreibung der Lieferung von 70 Weichen für die bulgarische Eisenbahndirektion statt. Die Uebernahmebedingungen liegen im Eildienst, Abteilung C, Bunsenstr. 2, wochentags von 9—5 und Sonnabends von 9—1 Uhr zur Einsicht auf.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Abt. A. Max Longardt, Waldmannslust bei Berlin, Benecke-dorfstr. 3. (Börsen-Makler-Geschäft.) — Emma Naschitz, Erzeugung pharmazeutisch-kosmetischer Präparate, Berlin, Stallschreiberstr. 27/28. — Schiller-Konditorei am Gendarmenmarkt Geissel Nicole in Berlin, Mohrenstr. 31. — Spedition u. Lagerung Curt Gorschalki, Berlin, Alexanderinenstr. 107. — Josef Weiss, Technisches Geschäft, Berlin, Neue Friedrichstr. 43. — Michael Wittmann, Berlin, Schützenstr. 14. (Wollwaren-Engros.) — Vertretung der Litauischen Wirtschaftsgenossenschaft Kowno in Berlin Emil Kremer, Berlin, Behrenstr. 27.

Abt. B. „Wolframerz" G. m. b. H., Berlin, Friedrichstr. 56/57. (Erze Rohmaterialien usw.) Stammk. 100 000 M. Geschäftsf. Kfte. Paul Langemann u. Gustav Dundauer. — Verlag für jüdische Kunst und Kultur Fritz Gurlitt G. m. b. H., Berlin, Dorotheenstrasse 35/36. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kfm. Alwin Loewenthal. — Mühlhausen & Co. G. m. b. H., Charlottenburg, Kaiserdamm Str. 13. (Imp., Exp.) Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kfte. Albert u. Charles Mühlhausen. — Konzern der Friedrichstadt Welly Michaelis & Co. G. m. b. H., Berlin, Karlstr. 11. (Reinpferde u. Vollblutzucht.) Stammk. 100 000 M. Geschäftsf. Kfm. Rudolf Heszky. — Herlet & Hetzel G. m. b. H., Berlin-Grunewald, Margaretenstr. 5. (Verlagsgeschäft.) Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Wilh. Herlet u. Hans Hetzel. — Geschäftshaus am Gendarmenmarkt G. m. b. H., Berlin, U. d. Linden 70. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Archt. Paul Bettig. — Deutsch-Rumänische Petroleum-G. m. b. H., Charlottenburg, Witzlebenstr. 18. Stammk. 100 000 M. Geschäftsf. Kfte. Hugo Nagel u. Jean Scheer.

KONKURSE UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

* **Berliner Konkurse.** Keine Dividende entfällt im Konkurs des Kfms. Oskar Meyer in Firma O. Meyer u. Co. in Berlin, Hallesches Ufer 25 (Verw. Erfurth), auf 43 370 M. vorrechtslose Forderungen. Die Vorrechtsforderungen 1. Kl. werden voll befriedigt; die 2. Kl. erhält 41 pCt.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski, Berlin-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtssaalzeitung und Sport: i. V. Fritz Bobide-Berlin; für das Feuilleton: i. V. Dr. Hermann Schönhoff-Steglitz; für den Roman: Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: i. V. Dr. Adolf Moeber-Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pitz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Hierzu 1 Beiblatt.

Abend-Ausgabe
Sonnabend, den 30. Juli 1921

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Nr. 355 • Beiblatt
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Wo stehen wir?

Die deutsche Gold- und Devisenzahlungsbilanz.

Von

Dr. Arthur Helchen.

Die Reichsbank und der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung haben sich in nicht misszuverstehender Weise über die Notwendigkeit einer Kontrolle, Erfassung und Ablieferungspflicht der Exportdevisen und der verstärkten Rückkehr zur Fakturierung in Auslandswährung geäussert. Die Geschäftswelt sieht das Schreckgespenst der Devisenzentrale wieder auftreten. Wenn die Stelle, die für unser Geldwesen, und die andere Stelle, die für die Regelung des deutschen Aussenhandels verantwortlich ist, sich zusammentun, um gemeinsam an das volkswirtschaftliche Verantwortungsgefühl der Industrie- und Handelswelt zu appelieren, dann muss ein Zwang zu solchem Vorgehen gegeben sein, zumal der Aufruf keinen Zweifel darüber lässt, dass man gegebenenfalls, wenn der Appell an die Freiwilligkeit erfolglos bleibt, zu stärkeren Drucmitteln greifen wird. Dass der Zahlungsverkehr mit dem Auslande nicht weiter wie bisher gehandhabt werden kann, das wird leider — dafür liegen zahlreiche Anzeichen vor — von den interessierten Kreisen der exportierenden Geschäftswelt nicht so beachtet, wie es notwendig wäre. Man sträubt sich vielmehr aus Gründen, die uns oft recht wenig plausibel erscheinen, mit Händen und Füssen gegen eine verstärkte Fakturierung in Auslandswährung. Auch die Aussenhandelsstellen scheinen nicht so auf dem Posten zu sein, wie man es im volkswirtschaftlichen Interesse wünschen möchte. Wie wäre es sonst möglich, dass heute nicht mehr in dem Umfang wie früher in Auslandswährung fakturiert wird, dass die Markfakturierung leider im Vormarsch begriffen ist und gegenwärtig die recht hohe Quote von etwa 60 Prozent der Gesamtheit des deutschen Exports ausmacht! Teilweise mag das — neben anderen Gründen — an der unglücklichen Konstruktion jener Selbstverwaltungskörper liegen. Zum Teil obrigkeitliche Bureaukratie, zum Teil Interessenvertretung des betreffenden Industriezweiges, zum Teil mehr oder weniger Organ der Mächtigsten und Stärksten innerhalb der Gruppen, sind die Aussenhandelsstellen von keinem einheitlichen Willen beseelt und folgen, wie es scheint, nur recht schwerfällig und mit vielen Hemmungen den durchaus gesunden Direktiven des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung. Es wäre zu viel, wollte man einzelnen Aussenhandelsstellen den Vorwurf der Sabotage und der Renitenz machen, aber — leider wohnen nicht nur eine, sondern zwei, drei und vier Seelen in der Brust dieser Wirtschaftsorgane!

Der Mangel an Einsicht, den ein Teil der deutschen Geschäftswelt beweist, ist beklagenswert. Die Zwangslage, in der sich die deutsche Volkswirtschaft befindet, ist unentrinnbar, so dass auch die stärksten Wünsche und das stärkste Wollen der deutschen Geschäftskreise auf die Dauer nicht einen Zustand aufrechterhalten können, bei dem die Durchführung des Reparationsprogramms und die Rückkehr zu gesunderen Wirtschaftsverhältnissen bedroht und unterbunden wird. Nichts müsste, so sollte man glauben, auf die Widerstrebenden durchschlagender und beweiskräftiger wirken als die statistische Position der deutschen Gold- und Devisenzahlungsbilanz, so wie sie zurzeit gegeben ist. In der folgenden schematischen Uebersicht haben wir versucht, diese statistische Position mit Zahlen, wenn auch oft nur mit Annäherungswerten, in der Weise auszufüllen und darzustellen, dass auch der Nichtfachmann einen ungefähren Begriff der schwierigen Situation der deutschen Volkswirtschaft erhält. Der Einfachheit halber haben wir verschiedene Posten der Zahlungsbilanz unberücksichtigt gelassen, da sie das Gesamtbild nur trüben, an der Lage an sich aber nichts ändern, im Gegenteil, diese nur noch zu unseren Ungunsten verschieben würden. Dahin gehört zum Beispiel das Devisenerfordernis, das aufzubringen ist, um die Frachtkosten für den Import auf fremden Schiffen zu bezahlen. Obgleich das zu importierende Warenquantum im Vergleich zur Friedenszeit auf etwa die Hälfte zusammengeschrumpft ist, sind die Beträge doch ganz ansehnliche, da uns eigene Schiffe nur in sehr geringem Umfang zur Verfügung stehen. Auch die beträchtlichen Zahlungen im Clearingverfahren, die wir in Devisen aufzubringen haben, sind ausser acht gelassen. Dem stehen an zufliessenden Devisen aus den unsichtbaren Posten der Zahlungsbilanz nur geringe Beträge gegenüber. Vielleicht könnte man hierfür den Rückfluss an Steuerfluchtkapitalien rechnen, soweit er in Valuten erfolgt. Unter Ausserachtlassung dieser Posten wird die gegenwärtige Situation durch folgende schematische Uebersicht veranschaulicht:

Bedarf.

1. Notwendiger Einfuhrbedarf	4 Goldmilliarden M.
2. Annuität von . . . . . 2 Goldmilliarden M.	
26 % vom Wert der deutschen Ausfuhr . . . . . 1,3 „ „	
	3,3 Goldmilliarden M.
abzüglich: für Sachleistungen 3/5 der Gesamtsumme . . . 2,06 „ „	1,24 „ „
	5,54 Mill. Goldm.

Aufkommen.

1. 40% (in Auslandswährung fakturiert) vom Gesamtwert der deutschen Ausfuhr von 5 Goldmilliarden = 2 Goldmilliarden	
2. 60 % desgl. (in Papiermark fakturiert) . . . . . = 3 „	
abzüglich des nicht Devisen erzeugenden Papiermarkrückflusses x	3 — x
	(5 — x) Mill. Goldm.

Der notwendige Einfuhrbedarf der deutschen Volkswirtschaft ist auf 4 Milliarden Goldmark, die Ausfuhr in Uebereinstimmung mit zahlreichen amtlichen Verlautbarungen auf 5 Milliarden veranschlagt. Auf diese Weise ist eine Aktivität der deutschen Handelsbilanz um 1 Milliarde Goldmark unterstellt, die wir — freilich in reichlichem Optimismus — durch Massnahmen steuer- und zollpolitischer Art für die allernächste Zukunft zu erreichen hoffen. Gegenwärtig sind wir aber passiv. Aber immerhin — setzen wir die Möglichkeit der Aktivität um 1 Goldmilliarde voraus! Zu dem Einfuhrbedarf tritt das Devisenerfordernis der Reparation. Die feste Annuität von 2 Goldmilliarden und 26 pCt. vom Werte der deutschen Ausfuhr von 5 Goldmilliarden ergeben zusammen 3,3 Goldmilliarden. Davon kommen die Beträge in Abzug, die uns für Sachleistungen auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Loucheur, der französische Minister, hat in der französischen Kammer versichert, der Anteil der deutschen Sachleistungen werde „erheblich niedriger sein" als fünf Achtel der gesamten französischen Jahresforderung. Setzen wir diese ⅝-Quote als gegeben voraus und setzen wir ferner voraus, dass eine Quote in gleicher Höhe nicht nur von Frankreich, das bekanntlich an den deutschen Reparationszahlungen mit 52 pCt. partizipiert, sondern auch von den übrigen Reparationsgläubigerstaaten zu erreichen wäre. Dann kämen von den 3,3 Milliarden Goldmark 2,06 Milliarden zur Gutschrift auf Reparationskonto und es verbliehen 1,24 Milliarden Goldmark, die in Devisen zu begleichen wären. Das Gesamterfordernis der deutschen Wirtschaft an Devisen würde danach — unter all den günstigen Voraussetzungen — 5,24 Goldmilliarden pro anno betragen.

Diesem Bedarf stehen folgende Einnahmen an Devisen gegenüber: Vom gesamten deutschen Export werden, wie wir bereits erwähnten, gegenwärtig 40 pCt. in Valuten und 60 pCt. in Papiermark fakturiert. Der Exporterlös von einer Gesamtausfuhr von 5 Goldmilliarden würde, soweit in Auslandswährung fakturiert wird, bei einer Quote von 40 pCt. 2 Goldmilliarden betragen. 60 pCt. der in Papiermark fakturierten Ausfuhr ergeben 3 Goldmilliarden. Es wäre aber grundfalsch, aus diesem Teil des deutschen Exports ein tatsächliches Aufkommen von 3 Goldmilliarden Devisen zu erwarten! Die in Papiermark fakturierte Ausfuhr wirkt nämlich, das übersieht die deutsche Geschäftswelt vollkommen, durchaus nicht restlos devisenerzeugend. Immer wieder hört man das eine Argument: Es ist gleichgültig, ob in Papiermark oder in Auslandswährung fakturiert wird, weil der ausländische Abnehmer, wenn er mit Mark bezahlen will, zum Erwerb der Mark vorher seine Devisen hingegeben haben muss. Dieses Argument übersieht die riesigen Papiermarkbestände des Auslandes, die nach verschiedenen Schätzungen auf 30 bis 50 Milliarden beziffert werden, und die Guthaben des Auslandes bei deutschen Banken, die auf 30 Milliarden veranschlagt worden sind. Diese Bestände sind in die Hände des Auslandes zum grossen Teil in der Zeit des Auswerkaufs und der stärksten Passivität der deutschen Zahlungsbilanz gegangen, also zu einer Zeit, in der Deutschland zur Veräusserung seiner Substanz durch eine ungeregelte Schuldaufnahme grossen Stils schreiten musste. Die damals dafür hingegebenen Devisen sind schon verbraucht und gehören in eine vergangene Wirtschaftsperiode. Diese Papiermarkbestände strömen jetzt anlage- und verwertungsuchend zurück und der Teil des deutschen Exports, der damit begliehen wird, ist tatsächlich nichts anderes als die systemlose und ohne Plan erfolgende Tilgung einer kurzfristigen Schuld, die in Zeiten tiefster Wirtschaftsnot uns über Wasser gehalten hat. Dieser Teil des in Papiermark fakturierten Exports (die Unbekannte x in schematischer Uebersicht) wirkt also keineswegs devisenerzeugend!

In welchem Umfang der Rückstrom solcher Papiermarkbestände erfolgt, darüber fehlen freilich jede Anhaltspunkte, aber man kann annehmen, dass die Rückflussgeschwindigkeit eine verhältnismässig starke ist, weil ja das Ausland die Papiermark nicht anlage-, sondern spekulationshalber an sich genommen hat und weil die Spekulation naturgemäss zu Realisationen schreiten muss vor allem dann, wenn sie zur Ueberzeugung kommt, dass der Wert der deutschen Mark auf die Dauer abwärts gleiten muss. Soweit der Markbesitz des Auslandes Verwertung sucht, nicht, indem er einen Teil des deutschen Exports an sich zieht, sondern indem er sich anlagesuchend der deutschen Industrie und — wie es tatsächlich bereits in grossem Umfange geschehen ist — dem Grund- und Hausbesitz zuwendet, lässt sich dagegen vom deutschen Standpunkte aus nicht viel einwenden. Aber das deutsche Bestreben muss darauf gerichtet sein, uns den Papiermarkrückstrom vom Leibe zu halten, soweit er gewissermassen schuldentilgungshalber zur Verminderung des Markbesitzes des Auslandes erfolgt, wenigstens für die nächsten Jahre der Uebergangszeit, in der es uns wahrscheinlich nicht möglich sein wird, die Reparationszahlungen aus unserem Volkseinkommen zu bewerkstelligen. Würde sich die deutsche Geschäftswelt entschliessen, mehr als bisher zur Fakturierung in Auslandswährung zurückzukehren, dann würden die Rückflussmöglichkeiten dieser Papiermarsbestände verengert und der Rückruf jener Bestände bis auf eine Zeit verschoben, wo er für die deutsche Volkswirtschaft erträglicher ist.

Der in Papiermark fakturierte Teil des deutschen Aussenhandels ist der eigentliche Quell des deutschen Valutadumpings. Es ist sicher, dass hinter jenen 60 pCt. relativ ein viel höheres Waren- und Arbeitsquantum steckt, als es dieser Quote entspricht. Es sind gewissermassen stille Reserven der deutschen Ausfuhr, die für die Devisenerzeugung erschlossen werden müssen. Dafür gibt es nur ein durchschlagendes Mittel: Fakturierung in Auslandswährung! Wir Deutsche waren bisher leichtsinnig genug, die Valutadifferenzen anderen zufliessen zu lassen, weil weite Kreise der exportierenden Geschäftswelt der Ansicht waren, dass sie sich privatwirtschaftlich dabei ganz gut stehen. Eines freilich hat man bei dem Kalkül vergessen: Die Zukunft des deutschen Aussenhandels. Was soll daraus werden, wenn wir augenblicklicher Vorteile halber die Welt gegen uns in Harnisch bringen und dabei Gefahr laufen, uns reiche Zukunftsmöglichkeiten zu verscherzen. Die protektionistische Gesetzgebung der Vereinigten Staaten, der Schweiz, Spaniens, Skandinaviens sind warnende Zeichen! Schreitet der Protektionismus der Welt fort, macht sich die dem deutschen Aussenhandel feindliche Tendenz der ausländischen Gesetzgebung erst einmal in ihren Auswirkungen geltend, dann können die deutschen Exporteure darüber nachdenken, ob es wirklich zweckmässig war, die Valutadifferenzen den ausländischen Abnehmern in den Schoss zu werfen oder in fremde Staatskassen zu treiben.

Zu denen, die die Valutadifferenz zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft an sich ziehen, gehört — last not least — die internationale Markspekulation. Meist wird der ausländische Abnehmer deutscher Waren selbst keine eigenen Markdepots unterhalten, sondern sich — wenn er in Mark zu bezahlen hat — der Hilfe seiner Banken bedienen, die naturgemäss ihren Markbesitz immer in den Zeitpunkten erwerben beziehungsweise ergänzen, wenn ihnen der Kurs am günstigsten erscheint. Das Ausland erhält auf diese Weise ein Maximum von Mark und die deutsche Volkswirtschaft — ein Minimum von Devisen. Der deutsche Exporteur, der in Mark verkauft, mag sich vielleicht bei dem Gedanken beruhigen, daß er seine Markrechnung so hoch gestellt hat, dass er — wenn er in anderer Währung fakturiert hätte, — auch nicht mehr hätte herausschlagen können, dass ihn also der Vorwurf des Dumpens nicht trifft. Das mag rein rechnerisch — auf Grundlage der Umrechnung zum Wechselkurse zur Zeit der Valutierung der Fakturen — stimmen. Tatsächlich ist es aber anders, weil er ja mit Mark bezahlt wird, die in den meisten Fällen schon vorher und recht billig von der internationalen Markspekulation, den ausländischen Banken, erworben worden sind. Zwischen den deutschen Exporteur und den ausländischen Abnehmer schiebt sich eben die ausländische Markspekulation, die sich zusammen mit den Abnehmern deutscher Waren und den ausländischen Zollfiski in die Valutadifferenzen teilt. Diese selbst können der deutschen Volkswirtschaft nur erhalten werden, wenn in stabiler Auslandswährung fakturiert wird. Nur dann wird es möglich sein, die internationale Markspekulation auf diesem Gebiet mehr oder weniger auszuschalten.

Wie man die Sache auch wenden mag, ein Blick auf die statistische Position unserer Devisenzahlungsbilanz zeigt, wie gefahrdrohend die Lage ist, wie schwierig es sein wird, das Gleichgewicht herzustellen. Dabei gehen unsere Berechnungen immer von sehr günstigen Voraussetzungen — von einer Aktivität unserer Handelsbilanz um eine Milliarde Goldmark, von einer ⅝-Sachleistungsquote usw. — aus. Gelingt eine solche Bilanzierung nicht, dann muss das Defizit dadurch beglichen werden, dass Devisen am freien Markt gekauft werden: Noten und Schatzwechsel müssen dann das Loch stopfen helfen! Steigender Notenumlauf und kurzfristige Verschuldung aber bedeutet die Verewigung der Inflation. Wenn ein solches Unheil überhaupt noch vermieden werden kann, dann nur dadurch, dass uns seitens der Entente zwecks Entlastung unserer Devisenzahlungen eine hohe Sachleistungsquote eingeräumt wird, dass wir uns für die nächsten Jahre den Rückstrom ausländischen Papiermarkbesitzes vom Leibe halten, und dass wir endlich die stillen Reserven nicht länger ungenützt lassen, indem wir unsere Ausfuhrpreise stabilisieren und höher stellen. Dahin führt nur ein Weg: Fakturierung in Auslandswährung!

✱ **Die Kapitalerhöhung bei der Adler & Oppenheimer Akt.-Ges.** in Berlin wurde von der ausserordentlichen Generalversammlung genehmigt. Danach wird das Grundkapital um 48 auf 60 Mill. M. durch Ausgabe von 48 000 Stück neuen Aktien mit voller Gewinnberechtigung für das am 1. Juli 1921 begonnene Geschäftsjahr erhöht. Von den neuen Aktien werden 36 Mill. M. von der Deutschen Bank zu einem nicht genannten Kurse mit der Verpflichtung übernommen, sie den bisherigen Aktionären zu 115 pCt. im Verhältnis 3:1 zum Bezuge anzubieten. Weitere 10 Mill. M. werden ebenfalls von der Deutschen Bank übernommen und sollen für Fusionen oder ähnliche Zwecke Verwendung finden. Die restlichen 2 Mill. M. werden zu 150 pCt. mit dreijähriger Sperrfrist den jüngeren Vorstandsmitgliedern (? Die Red.) zur freien Verfügung gestellt. In der Begründung führte die Verwaltung aus, dass die Verschlechterung der Mark und der gestiegene Geldbedarf der Gesellschaft eine Erhöhung des Kapitals notwendig machten. Das bisherige Aktienkapital entspreche nicht mehr der Bedeutung des Unternehmens. Ausserdem habe sich die Verwaltung der Regierung gegenüber verpflichtet, die aus der Liquidation der elsässischen Besitzung erzielten Entschädigungsbeträge nur zum Wiederaufbau zu verwenden. Ferner beanspruche der Einkauf der um das fünfzehnfache gestiegenen Rohmaterialien grössere Mittel. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Heinrich Adler in Frankfurt a. M. und Paul Jacobi in Firma Wolff, Netter & Jacobi.

✱ **Ein neuer Reichskredit für die Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften.** Uns wird geschrieben: Das Reichsarbeitsministerium hatte bekanntlich der Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge einen Reichskredit von 25 Mill. M. gewährt, um hierdurch auf der einen Seite die Arbeitslosigkeit in der Industrie zu bekämpfen und andererseits die Versorgung von Mitgliedern der Gewerkschaften mit Bekleidungsgegenständen zu möglichst niedrigen Preisen zu fördern. Die Reichsregierung plant jetzt die Erhöhung des bisher gewährten Kredites um eine sehr beträchtliche Summe, wie es heisst auf etwa 50 Mill. M., um es der Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften zu ermöglichen, etwa 1000 Filialen im Reich einzurichten. Die Verbände des Textilleinzelhandels haben hierzegen eine Protesteingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der u. a. darauf hingewiesen wird, dass die Kreditgewährung seinerzeit als Notstandsmassnahme erfolgte, gegenwärtig aber von einem Notstand innerhalb des Textilgewerbes nicht mehr gesprochen werden könne, da die Textilindustrie fast durchweg äusserst stark beschäftigt sei und zum Teil sogar ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften bestehe. Es wird ausserdem bestritten, dass die Warenversorgungsstelle nach ihren bisherigen Erfahrungen in der Lage wäre, die Mitglieder der Gewerkschaften zu niedrigeren Preisen zu beliefern als der reguläre Einzelhandel. Der Handel erblicke daher in der Gewährung derartig hoher Kredite eine Verschleuderung von Staatsmitteln, gegen die sich nicht nur der Handel, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung wenden. Unter anderem werde die Unterstützung der Warenversorgungsstelle sogar innerhalb der Kreise der Konsumgenossenschaften aufs schärfste missbilligt.

✱ **Elberfelder Textil-Werke Akt.-Ges.** An das Unternehmen nisd die Firmen Wilhelm Boeddinghaus & Co., Elberfeld und Peter Schürmann & Schröder in Vogelsmühle bei Lennep angegliedert worden. Dadurch wird eine gegenseitige Ergänzung in der Fabrikation erreicht. Um den gestellten höheren Anforderungen entsprechen zu können, erhöht die Gesellschaft ihr Stammkapital von 10 Mill. M. auf 40 Mill. M. und gibt gleichzeitig 30 Mill. M. Vorzugsaktien aus.

✱ **Neugründung.** Unter der Firma A. Diehl, Ton, Tief- und Betonbau Akt.-Ges. in Essen wurde eine neue Aktiengesellschaft gegründet. Das Aktienkapital beträgt 1½ Mill. M.

✱ **Die Einwirkung der Handelskrise auf den schwedischen Aussenhandel.** Nach einer vorläufigen Schätzung hatte die Einfuhr Schwedens im Mai einen Wert von 95 Mill. Kr. (im Vorjahre 314 Mill. Kr.), die Ausfuhr einen Wert von 82 Mill. Kr. (227 Mill. Kr.).

✱ **Der Devisenverkehr** von Bureau zu Bureau war am heutigen börsenfreien Sonnabend sehr still. Im Hinblick auf den Monatsschluss waren die Umsätze sehr klein. Die erneute Entwertung der Mark hatte anfangs eine weitere Befestigung für ausländische Zahlungsmittel zur Folge, die jedoch im Laufe des Vormittags einer allgemeinen Abschwächung Platz machte. Es wurden folgende Briefkurse genannt: Holland 2495, Schweiz 1350, Amerika 81, England 288½.

✱ **Die Hamburger Börse** verkehrte infolge von Ultimoglattstellungen und des Fehlens von Anregungen in recht stiller Haltung. Die Haltung wurde jedoch, durch bei der festen Haltung des Devisenmarktes eine Stütze. Am Montanmarkte zeigte sich Interesse für Deutsch-Luxemburg, Phönix, Harpener waren dagegen angeboten, oberschlesische Werte behaupteten. Für Kaliwerte bestand Abgabenelzung. Elektrowerte blieben fest, besonders Schuckert. In Schiffahrtswerten bestand Interesse für Continetale Reederei. Verstärkte Elbe und Fleesburger Reederei, während das Geschäft in Kosmos und Deutsch-Austral ruhiger war. Paketfahrt und Lloyd etwas schwächer. Anglo Guano und Calmon Asbest waren stark angeboten. Harburg-Wiener Gummi auf Kapitalerhöhungsgerüchte 9 pCt. höher. Ueberseeische Banken fest. Renten kaum verändert. Brasilianische Bank 550, Deutsche Ueberseebank 740, Deutsche Bank 303, Diskonto-Gesellschaft 262. Dresdner Bank 213, Continentale Reederei 240, Deutsch-Austral 480, Kosmos 561, Nordd. Lloyd 152, Hamburg-Amerika 173, Reederei von 1896 218, Hamburg-Süd 391, Vereinigte Elbe 495, Bergmann 275, Schantung-Eisenbahn 580, Caro 882, Deutsch-Luxemburg 406, Gelsenkirchen 419, Harpener 635, Rheinstahl 595, Oberbedarf 325, Phönix 860, Ronnenberg 335, Alsen Zement 600, Anglo-Guano 468, Nobel 344, Harburg-Wiener Gummi 639, Renner 578, Schuckert 295½, Calmon Asbest 350.

✱ **Wechselkurse in Südamerika.** (Tel. der D. Ue. B., Berlin.) Valparaiso, 27. Juli. London (90 Tage Sicht) 1 Pfd. Sterl. = 36,20 Pesos, Berlin (Kabelzahlung) 7,37 M. = 1 Peso, New-York (Sicht) 10,54 Pesos = 1 U.-S.-Doll. Buenos Aires, 27. Juli. New-York (Kabelzahlung) 151,00—150,50 Goldpesos = 100 U.-S.-Doll. Rio de Janeiro, 27. Juli. London (90 Tage Sicht) 7½ d. = 1 Milreis, Berlin (Sicht) 119 Reis = 1 M., New-York (Sicht) 9,130 Milreis = 1 U.-S.-Doll.

Amerikanische Telegramme.

✱ **New-York,** 29. Juli. (Privat-Funkspruch.) Die Börse begann heute in fester Stimmung und war auch später gut veranlagt, da sich stärkere Deckungsnachfrage zeigte. Unter Verkäufen der Baissepartei stellte sich eine Abschwächung ein, der Schluss war gedrückt. — Der Umsatz bezifferte sich auf 440 000 Stück Aktien.

	29. 7.	28. 7.		29. 7.	28. 7.
Geldsätze	4%	4½ %	Missouri Pacific	20½	20⅞
Wechsel a. Berlin	1,25	1,24	Nat. Ry of Mex 2nd pref.	39⅛	37½
do. a. Paris (Sicht)	7,38	7,67	N.Y. Centr. & Huds. Riv.	71½	71½
do. a. Amsterdam	30,35	30,55	N.Y. Ontario & Western	17½	17½
do. a. London (60 T.)	3,51,62	3,53,12	Norfolk u. Western	96	96
do. Cable Transfers	3,54,12	3,57,62	Northern Pacific	77⅝	75⅝
Belgien	—	—	Pennsylvania	37⅝	36⅞
Schweiz	10,38	—	Reading	60⅝	60⅝
Madrid	12,80	—	St. Louis u. St. Francisco	24½	24½
Rom	4,17	—	Southern Railway	20⅝	20½
Silber Inland	99¼	99¼	do. Pacific	76⅝	78⅝
do. Ausland	61¼	62⅝	Texas u. Pacific	25	24⅝
Atchison Top. u. St. Fe	84½	85½	Union Pacific	130½	129½
do. pref.	78	78	Wabash pref.	22	22¼
Baltimore u. Ohio	39	39¼	American Can	26½	27
Canadian Pacific	112	112¼	Amer. Car. u. Foundry	122¼	122½
Chesapeake u. Ohio	56	55⅝	Amer. Hide & Leath Co.	11¼	11
Chicago. Milw. u. St. Paul	27½	27¼	do. pref.	52⅝	52¼
Chic. Rock-Island. u. Pac.	32	32⅞	Americ. Smelting Ref.	37½	37¼
Denver u. Rio Grande	⅞	⅞	Anaconda Copper	37	37¼
Erie	14	14	Bethleh. Steel	49	48
Great Northern pref.	72¼	71⅞	Central Leather	34	33⅞
Illinois Central	93½	92	Intern. Mercant. Marine	10	10⅛
Inter. Consol. Corp.	9⅝	9⅝	do. pref.	43⅝	42⅝
Canzas City & South.	25¼	26	Studebaker Corporation	76⅛	76⅛
do. pref.	49	49	Unit. Stat. Steel Corp	73⅝	73⅝
Louisville u. Nashville	114¼	114	do. do. pref.	109	109½
Missouri. Kans. u. Texas	2	2¼	Aktienumsatz	440 000	500 000

✱ **New-York,** 29. Juli. (Privat-Funkspruch.) Die Höhe des Betrages der im Monat August fälligen Dividenden- und Zinszahlungen dürfte sich auf 173 803 000 Doll. belaufen.

✱ **New-York,** 29. Juli. (Funkdienst des W. T. B.) Tägliches Geld 4½ (Not. v. 29. 7.: 4½ pCt.), Wechsel auf London (Cable Transf.) 3,56,12 (3,57,62), 60 Tage 3,51,62 (3,53,12), Paris 7,58 (7,67), Amsterdam 30,75 (30,85), **Berlin Schluss kurs 1,23** (1,24), höchster Kurs 1,23 (1,23), niedrigster Kurs 1,21 (1,22), Silber, ausländisches 61¼ (62⅝), inländisches 99¼ (99¼), Kaffee loko 6¾ (6⅝), per Juli — (—), per September 6,50 (6,42), per Dezember 6,95 (6,87), per März 7,30 (7,21), per Mai 7,50 (7,43), Baumwolle loko 12,00 (11,95), per Juli — (—), per August 11,45 (11,38), per September 11,75 (11,68), per Oktober 12,02 (11,95), per November 12,30 (12,20), Baumwollzufuhren in Atlant. u. Golfh. 14 000 (13 000), Elektrolytkupfer loko 12½ (12½), Zinn 26,75 (26,50), Blei 4,40 (4,40), Zink 4,22½ (4,22½), Eisen 20,00 (20,00), Weissblech 5,75 (5,75), Schmalz prime Western 13,07½ (13,17½), Talg 4¾ (4⅝), Baumwollsaatöl loko 8,75 (8,85), per September 8,84 (8,95), Petroleum in Cases 18,00 (18,00), in Tanks 6,00 (6,00), Standard white 15,00 (15,00), Credit Balances 2,25 (2,25), Zucker, Zentrifugal 4,86 (4,86), Terpentin 52 (59). Savannah-Terpentin 52 (51½).

✱ **New-Orleans,** 29. Juli. (Funkdienst des W. T. B.) Baumwolle loko 11,00 (11,00).

Weitere Handelsnachrichten auf der 4. Seite.

Bierlagertässer
300 0 Hektoliter von 15—80 Hektoliter
Bottiche
20 000 Hektoliter von 30—85 Hektoliter liefern sofort ganz oder geteilt äußerst billigst mit Ausnahme Anfrage bitte zu richten an **O. Raat Hotel Stuttgarter Hof. Berlin SW 11.**

Schalter mit Isolier-Sockel,
Friedensausführung. M. 1.— ab Fabrik Westfalen ausschl. Verpackung nur in Posten zu verkaufen. **Albert Demmler, Köln,** Deutscher Ring 14. Tel.: A. 4074.

Unterhalten Handlungs Lager in
Lokomotiven, Güter- u. Personenwagen und Eisenkonstruktionen.
Prigge, Brimberg & Co.,
Kommanditgesellschaft,
Berlin W. 62, Lützowplatz 9 *

40 000 Ztr. Maschinenpreßtorf,
Luftstroden, ja, schwere, schwarze Ware, à M. 11.— ab Ktr. frei Station Altenberg bei August-Lieferung, hat noch abzugeben **Torfwerk Teufelsbad** bei **Nauen.**

Himbeersaft,
60 % Raff., bei 100 Pf. 825, Orig.-Gebl. p. Pf. 9 M. **Hempel & Schmidt, Berlin,** Planufer promenade 32.

Corned beef,
gesalzenen und geräucherten Speck, Rollschinken, Schinkenspeck, westf. Winter-Schinken
liefert in größeren und kleineren Posten ab Lager Rheda **Heinr. Ludw. Poppenburg,**
Westf. Fleischwaren- und Konservenfabrik, **Rheda i. Westfal. Gegründet 1879.** *

A.B.C. CODE
5. u. 6. Ausg. liefert **Rudolf Mosse,** Abteilg. Adressbücher **Berlin SW. 19.**

Ferner
A. B. C. Code 5 Ausgabe Improved
Liebers 5 letter Code
Western Union Code
Bentleys Phrase Code
Economical 10 Figure Code
Galland-Code (allg. u. techn., deutsch
Staudt & Hundius Code, deutsch
Deutscher Taschen-Code *
sowie sämtliche gebräuchlichen Codes.

Demnächst erscheinen: **Rudolf-Mosse-Code,** größter deutscher Code, **Marconi-Code.** International. Prospekte durch Rudolf Mosse (Abteilung Adressbücher und Codes)

300
selbgenähte Drillichanzüge in guter Qualität und Verarbeitung preiswert zu verkaufen.
Philipp Acker, Neue Promenade 3.

Schreibmaschinen.
Ia neue, M. 2400.— auch Vermietung u. Teilzahl.
Bisenamp,
Charlottenstr. 31 * (Mohrenstr.), Stagengerichtl. Zentr. 7807.

Gäulenbohrmasch..
Fabr. Reinhold, fast neu, bis 80 mm, mit Selbstgang, verkauft **Graes,** Gitschinerbreitestraße 30. Moritzplatz 13860.

Engl. Feldkabel
vom feinsten Herresmaterial in großen Posten verkauft billigst **E. Schadewald & Co. G. m. b. H.,** Berlin N. 65, Brunn-Straße 14

Warnung! Autogen-Industrie!

Wir bringen hiermit nochmals den Tenor des Kammergerichts-Urteils vom 6. April 1921 in Sachen Autogen -/: Hager & Weidmann G. m. b. H. (die Firma hat auf Grund des Urteils Lizenz genommen) zum Abdruck:

Der Klägerin (Hager & Weidmann G. m. b. H.) wird verboten, Löt- und Schweißapparate für Azetylen und Sauerstoff herzustellen und in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen, bei denen **die Ausmündungen des Sauerstoff- und des Azetylen-Zuführungsrohres sowie die Mischkammer konzentrisch zu einander angeordnet sind und die Mischkammer sich kegelförmig erweiternd verjüngt".**

Danach fallen sämtliche Schweiß- und Schneidbrenner für Azetylen und Sauerstoff nach obiger Kennzeichnung unter das Houché-Patent D. R. P. 164 180, das durch Beschluß des Reichspatentamtes verlängert worden ist.

Wir warnen ausdrücklich vor Patentverletzungen. Wegen **Patentverletzung haben wir bereits nachstehende Firmen verklagt:**

Acetylenwerk Hesperus, Stuttgart — Autogen-Betriebs-Gesellschaft, Frankfurt-M.-West — Autogenwerk Heilbronn G. m. b. H., Heilbronn a. N. — Autogene Metallbearbeitung, Berlin SW. 68, Lindenstr. 106 — Blumberg & Michael, Düsseldorf-Grafenberg — Bräuer & Wenn, Weidenau a. d. Sieg — Emil Bilzen, Hilden, Rhld. — Closs & Fyles, Weidenau a. d. Sieg — C. F. Corder, Hagen i. W. — Carl Dietzsch, Maschi.-Fabr., Magdeburg-Neustadt, München-hofstraße — Drägerwerk, Lübeck — Duell & Bräuer, Sülzb. b. Köln — Lambert Feil, Beuel b. Bonn — Wilhelm Fischer, Sülzb. b. Köln, Luxmannstr. 31 — Ernst Franz, Solingen, Kölner Str. 114 — Alois Gangler, Altrang i. Pan. — Fr. Grohmann, München, Schleißheimerstr. 19 — Emil Günzel, Neugersdorf i. Sa. — Hahn & Kolb, Stuttgart — Hera, Lonbacherger & Co., Mannheim — Ferd. Hornung, Höchst a. Main, Königsteinerstr. 48 — E. C. Kretschmar, Berlin W. 9, Potsdamer Str. 141 — Müllerwerk, Bergisch-Gladbach — Paul Pittinsky, Wolfersdorf b. Luckenwalde — Remmlinger & Co., Hessische Autogenwerke, Neu-Isenburg b. Frankfurt-M. — Rex-Werke, Magdeburg — „Rheinmetall" Rheinische Metallwaren- u. Maschinenfabrik, Düsseldorf-Derendorf — Rheinisches Autogenwerk Klockner & Schmidt, Troisdorf Rhld. — Rhäna-Kommanditt-Gesellschaft, Eisenach — Rhönwerke (Autogenwerk Rhöna G. m. b. H.), Kaltennordheim — W. Seifferth, Altenburg S.-A., Körnerstr. 4 — Hermann Schlede & Co., Berlin-Moabit, Kaiser-Friedrich-Str. 47 — Carl Schirmeyer, Erfurt, Wolfstr. 15 — Arthur Schlenker, Fichtenhof b. Limbach i. Sa. — Fr. W. Schmidt, Suhl i. Thür. — Max Schmidt, Berthelsdorf-Herrnhut — W. Schmidt, Berlin C., Münzstr. 3 — Ernst Schneider, Chemnitz, Kaßberg-Str. 41 — Carl Schümann, Hamburg 20 — Rud. Schwarz, Ingenieur, Leipzig, Eilenburg 12 — Schweinfurter Industriewerke vorm. Folkmarwerke, Stettin — Horn, Suhl i. Sa. — Stuttgarter Industrie-Gesellschaft, Stuttgart, Hauptstätterstr. 124 — Stahl'sche Metallit-Industrie, Stuttgart, Hackstr. 18a — Carl Steffens, Burgalle b. Hagen i. W. — Louis Stein, Inh. Gebr. Stein, Mangade i. W. — Dr. Alexander Wacker, Lechbruck i. Oberbayern. — Weberwerke, Weidenau a. d. Sieg — Gustav Werner, Barel i. Oldenburg — Emil Pölk, Bathingen a. Fils, Württbg. — Eugen Ainser, Ebersbach a. Fils.

Damit werden am besten die haltlosen und irreführenden Erklärungen verschiedener obengenannter Firmen widerlegt. Nur die nachgenannten Firmen haben Lizenzrechte erworben:

Autogen Gasaccumulator Aktiengesellschaft, Berlin SW. 61, Blücherstr. 22 — Autogena-Werke, Stuttgart, Hackstr. 14 — Autogen-Werk Girlsberg, G. m. b. H., Düsseldorf-Eller — Alexander Wollam, Hagen i. W. — Rieger-Werke, Höchst a. M. — Feldberstr. 25 — Chemische Fabrik Griesheim — Elektron, Frankfurt a. M., Untermainkai 13 — Continental-Licht- und Apparatebau-Gesellschaft, Frankfurt a. M., Meisner Landstr. 193 — Peter Göttes, Frankfurt a. M. - Süd, Gieißtr. 61 — Hager & Weidmann G. m. b. H., Berg.-Gladbach — Heine & Hans Herzfeld, Halle a. S., Äußere Delitzscher Str. 19 — Hermann John, Stuttgart-Cannstatt, Neckarstr. 61 — Keller & Knappich G. m. b. H., Augsburg Gebr. Lange, Dortmund, Kärner Hellweg 66 — Julius Lehmann, Düsseldorf, Martinstr. 9 — Messer & Co. G. m. b. H., Frankfurt a. M., Rebstöcker Str. 57 — Sauerstoff-Fabrik Berlin G. m. b. H., Berlin N. 39, Tegeler Str. 15 Robert Seeliger, Greifelb, Paul Wachter, Thum i. Erzgeb.

Um sich vor Unannehmlichkeiten zu schützen, kann der Industrie nur dringendst empfohlen werden, ausschließlich von den lizenzberechtigten Firmen Schweiß- und Schneidbrenner zu kaufen.

Autogen Gasaccumulator Aktiengesellschaft, Berlin SW 61. Blücherstraße 22.

Metallbürstenfabrik
f. sämtl. Artikel, i. **Massenartikeln** bill. zu leihen gesucht. **Rob. Rehe Sohn.** * Elisabethufer 5/6. Tel. 1250

Imperator-Briketts
beheben die Kohlennot, markenfr. ca. 7000 Kalorien. **Imper.-Betriebsges. m. b. H., Hamburg, Imperatorhaus.** **Vertreter gesucht.**

Hylotin-Bindfaden,
einige 1000 kg unter Fabrikpreis abzugeben. **Knacker & Falk, Berlin-Wilmersdorf.**

Größerer Posten
Zigarren und Zigaretten,
trankheitsh. sof. bill. abzug. **Rudolf Blüthner,** Siemensstraße 16 l. rechts Tel. Uhland 706.

Engl. Feldtelephonkabel
in groß. Partien u. allen Stärken anbietet **Gewert,** Dutherstr. 30. Telefon: Nollendorf 1173.

7 PS. Drehstrommotor,
220 Volt, mit Anlasser u. Schalttafel, zu verkaufen. **R. Feist, Berlin N.,** Müllerstr. 40a.

Paraffin,
weiß u. geld. fl. u. gr. Posten offeriert preiswert **Günther & Co.,** Charlottenbg., Uranienstr. 7. Wilh. 6244, 6287.

Billiges Angebot!
Lieferbar sofort 70 000 Meter
Ia Rohnessel
140 cm breit 16/16 / 20/20 sowie 88 cm br., verschieden. Stellung.
H. u. J. Rothschild, Frankfurt a. Main,
23 Grosse Friedbergerstr. 23.
„Hirot" Telegr.-Adresse „Hirot".

50 000 Gros
Holzschrauben
aus Eisen, **vermessingt,** tadellose Ware, in Original-Fabrikpackung, in 60 verschiedenen Abmessungen, ferner
25 000 Gros
Holzschrauben
aus Eisen, **blank,** tadellose rostfreie Ware, in Original-Fabrikpackung, in 60 verschiedenen Abmessungen hat **weit unter Tagespreis** sofort abzugeben
„Arma"
Handelsgesellschaft
Berlin NO. 55, Prenzlauer Allee 88.

Für den Export.
Fichtennadel-Bade-Extrakt
Lohtannin-Bade-Extrakt
prima Handelsware
in Waggonladungen à 15 000 Kilo, lieferbar in Fässern (neu, aus Buchenholz) zu 25, 40, 50, 100, 125 und 250 Kilo.
Preis inkl. Fässer 2.75 Mk. per Kilo.
Jahresproduktion zirka 2 Millionen Kilo.
Handmuster zu Diensten.
Hermsen-Werke, Vereinigte Chemische Fabriken,
Berlin-Friedrichshagen, Seestraße 25-27.

Schraubenschl. Je ein 1000. Umsatzer Scharnere M. 1.— „ „ „ „ 1.30 bet. Kraft 14 „ „ „ 1.50 ferner gr. Post. Mechaniker- u. Masch.-Schrauben, spottbill. geb. um z. räum. ab. Muster gegen Nachnahme. **Grube & Lucas, Eisenach,** Postfach 57.

Boschkerzen,
dreipolig, 18, 21, 22 mm. Gelegenheitsposten, zu kaufen gesucht. Eilof **W. 65, Lagerk. 386.**

Treibriemen
in fast allen Breiten und Längen, neu u. gebraucht, verkauft zu günst. Preisen **Felix Kohls,**
Berlin S. 14, Alte Jakobstraße 66. Mortkpl. 13072/73. *

Elektro-Motore
verkauft billig **G. Wogas,** Schönh. Allee 109 Humb 5838. *

Normalisp. fenerl.
Lokomotive
14 Atm., 18 to Dienstgew., günstig abzugeben.
Heinrich Elias & Co.,
Feld- u. Eisenbahnmaterial, Berlin W. 62
Telegr.-Adr. Dahnelias.

Sofort lieferbare
Feinbleche
0.56, 0.5, 1.25, Format 1×2 m, bietet an **Wilhelm Kerkina,** Bahn-, u. Grubenbedarf, Eisengroßhandlung, **Berlin NW. 6,** Schiffbauerdamm 6/7.

Größt. Posten Filz,
gut geeignet für Dachpappe ab. Hausch., hat preisw. abzugeb. **Max Stiebe, Niederschönhausen,** Charlottenstr. 9.

12 000 **Gra. Druckknöpfe,** schwarz u. weiß, f. Stoff u. Leder bill. verkauft, durch **A. C. 2044. Rudolf Mosse, Chemnitz.**

Kautschuk
bevorzugt Gegenstände

Photoapparat und Objektiv,
Eine kleine gute Kamera und ein Prismenopernglas erwünscht. Gefl. Angebote **D. P. A. 1684. Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Feldküchenkessel
suchen
Industriebedarf G. m. b. H., Hildesheim, Schillerstr. 11.

Metbedstände Herren-, Damen- u. Konfektion, Trikotagen, Wäsche, Schuhwaren, Partiewaren kauft **Joel,** Mainzerstr. 7. Rgl. (5713).

Klavier od. Flügel
sucht dring. gewdl. **Meyer,** Maiserstr. 9 Kurf. 9101. *

1 kleine Maschine
ab. App. für Hausbedarf, von leicht verkäuflich. Ware gesucht. Wenn profit., können viele gekauft werden. Auch and. kranke Waren gekauft. **D. Meyer,** Nürnbergerstr. 32, Kopenhagen, Dänemark.

Wir suchen
für
schleunigste Verschiffung bei sofortigem Abschluß gegen Kasse dringend:
1 Million
Papier-Sandsäcke
große Posten
Pionierhacken
Spaten
und ähnliches sofort lieferbares Material,
300 Km. **Stacheldraht**
mit Eisenpfählen,
Vollst. Lazarett-Einrichtungen.
Die Preise sind fob. disch. Hafen zu stellen, es werden nur ausführliche Offerten von Selbstbesitzern obiger Waren bezw. von direkten Lieferanten berücksichtigt.
Schriftliche Eilangebote erbeten an
Georg Körtje & Co.,
G. m. b. H.,
Berlin NW. 7, Dorotheenst. 53.
Telegrammadr. Uniprovid.

Eine gebrauchte, gut erhaltene, liegende
Dampfmaschine
mit Condensation, ca. 500 PS.,
● zu kaufen gesucht. ●
Angebote mit genauer Beschreibung, Zeichnung, Abbildung, Angabe des Fabrikates, Alter und Standort der Maschine unter **F. F. 4348 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. Main.**

Knopf-Fabrikanten
in Steinnuß- und Lederknöpfen, Leitungsschläge, gesucht. Offerten unter **J. Z. 2368 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Zu kaufen gesucht
Drahtstifte (Vierkant),
28/65, 31/80, 34/90, 38/100, 38/125, bei sofortiger Lieferung in 1-Pub-Kisten und großen Mengen.
Ferner
Nähnadeln,
Fabrikat Zimmermann, Marke Anker 0 und 20. Eilangebote unter **F. M. 21 751 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Stoffe für Arbeiterwäsche
aller Art gegen sof. Kasse gesucht. Es kommen nur größere Posten in Betracht. Bemusterte Eilofferte erbeten an **Rödner, Elisabethstraße 70.** Norden 55.

Lederriemen
aus Heeresbeständen kaufen in jeder Menge. Off. u. **Kgst. A. 1558** bef. **Rudolf Mosse,** Königgrätzstr. 36

Klavier kauft sofort **Augenbliek,** Ballaust.-Kr. 5136 Gembl. *

100 000 Schwellkissen
zu kaufen gesucht. Off. u. **Kgst. N. 1545. Rudolf Mosse,** Königstr. 86.

Wir suchen
Mil.-Wäschelumpen, Gesellschaftsstiefel, Plandecke, Tuse, Gurte, Schwellkissen, Krollhaare. **Drucker & Nagler,** Min., Grenzauerstr. 3—6.

Kaufen
Eisenfassungen, ohne und m. Hahn, Gallathmessingfassungen. Angebote unt. **R. J. 948 an Rudolf Mosse,** Potsdamerstr. 33.

Karton-Nietmasch.
gut erhalten, zu kaufen gesucht. **Emanuel Cohn Reisner,** NO. 18, Elisabethstr. 38/39.

Offerten gewünscht in größer. Partien **Hebelschalter** aller Größen, montiert als unmontiert, offene m. gewöhnl. Deckel, Rundbiche Deckel und in wasserdichter Ausführung in außerfarn. Kästen. Off. u. **B. 2064 an Wolffs Bog. Kopenhagen.**

Fabrikant. gesucht,
die Metallschnallen, sog. amerikan. Klemmschnallen ohne Dorn für Sportgürtel 3, 3½ u. 4 cm breit herstellen. Eilaff. u. **Ko. V. 580, Rudolf Mosse, Berlin SO. 16,** Köpenickerstr. 67/68.

Suche ein evtl. zwei Dtzd. Fischbestecke,
Silber, tadellos erhalten. **Domenek,** Hotel Kaiserhof, Berlin.

Kaufe jeden Posten Ia Kartoffelmehl superior.
Bemusterte Offerten umgehend erbeten. **Gustav Stieh,** Hamburg 11, Nöhringsmarkt 29. Fernsprecher Gibe 4824. *

Zu kaufen gesucht
Mehl-Jute-Säcke,
feldg. Mienten, Kuchsen, Stoßchen, Fußsackung, Offr.

Suche zu kaufen
Gewehr u. Helmkinnriem. **G. Brandt Nachf.,** Sebastianstr. 74.

Soda calc. Aetzkalk
zu kaufen gesucht. **Viktoria Gummiwerke G. m. b. H.,** Bln. O. 17, Mühlenstraße.

Drehstrommotor,
10 PS.,
gebraucht aber gut erhalten, kauft **Chem. Fbk. Roland, Berlin-Reinickendorf,** Tel. Reinickend. 299 u. 300.

Gebrauchte und guterhaltene **Nähtreter,** I. Q. von 3—6 m, Riegel, Stelzen, Letteren, 18—20 Grotzen, zu kaufen gesucht. **Bandfabrik,** Linstr. 17.

Kaufe
gebr. Herrengard. Unif., Wäsche, Schuhe. **Feldmann,** Gernsbacherstr. 12. Sp. b. 8004.*

Pelze
zu kaufen gesucht. Schafe aus Hermelin Stunts ob. Maulwurf nur in tadellosem Zustand. Off. u. **J. L. 2277. Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Wiano sucht Karbol, Dresdenerstr. 54 Mol 1784* anb.

Nähgarn
jed. Posten, alle Farben, wie sämtl. Futterstoffe u. gute Herrenstoffe kauft
Weiß,
Brunnenstr. 9, vorn I.

Getrag. Herrenkleider
kauft **S. Wienstag,** Etzelfunderstr. 38. Nähe Humboldt 2877. Komme überall.

Gebrauchte, aber gut erhaltene Luga-Rechenwalze zu kaufen gesucht.
Angeb. u. **K. L. 2278 N.** an **Ala - Annoncenstein & Vogler, Kassel.**

Zeitschrift für Dampfkessel und Maschinenbetrieb

Mitteilungen aus der Praxis des Dampfkessel- und Feuerungs-Betriebes sowie des Kraftmaschinen- und elektrischen Betriebes.

44. Jahrgang.

Organ des Zentralverbandes der preussischen Dampfkessel-Ueberwachungs-Vereine

Organ für die deutschen Dampfkessel-Ueberwachungs-Vereine.

Die Zeitschrift erscheint wöchentlich und enthält eine Fülle schätzenswerten Stoffes *für jeden Kraftanlagen-Besitzer*; sie bringt ausser den gesetzlichen Verordnungen, welche die Ueberwachung der Betriebe betreffen, wertvolle Artikel von hervorragenden Fachleuten über Versuchsergebnisse, Neuerungen und Verbesserungen im Bau und Betrieb von Kraftmaschinen aller Art und über die Fortschritte auf dem Gebiete der Dampfkessel-, Motor- und Feuerungstechnik. Auch auf dem Gebiete der elektromotorischen Betriebe, des Automobilwesens, der Azetylenindustrie, Fahrstuhlbetriebe usw. vermittelt die Zeitschrift die erforderliche Information. Infolge der grossen und zweckmässigen Verbreitung der Zeitschrift in den Kreisen der Dampfanlagen-Besitzer, Elektrizitätswerke, Ingenieure, Maschinen- und elektrotechnischen Firmen usw finden *Anzeigen* in diesem Blatt umfassende Beachtung. Der Insertionspreis beträgt nur 1,30 M. für die 5gespaltene 40 mm breite Nonpareillezeile.

Das Jahres-Abonnement kostet 30 M. pränumerando, das Auslands-Abonnement 60 M. pränumerando. Man abonniert durch portofreie Einsendung des Betrages an den Verlag der Zeitschrift, Berlin SW 19, Jerusalemer Strasse 46-49, oder bei allen Postämtern. Den Verbandsmitgliedern wird die Zeitschrift zum Vorzugspreis von 24 M. jährlich geliefert.

Alleinige Anzeigen-Annahme Rudolf Mosse, Berlin